

# Rechenschaftsbericht des Vorstands 2017-2018

- Bericht über Aktivitäten im Zeitraum September 2017 bis August 2018
- Finanzbericht 1.1.-31.12.2017
- Vorschau auf 2019

## Impressum

### Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Stand: 20. August 2018

Bestellnr.: 18-9-01

Bildquellen: Germanwatch, sofern nicht anders gekennzeichnet.

Porträtbilder der Mitarbeitenden und des Vorstands (sofern bei Redaktionsschluss vorliegend und Veröffentlichung erwünscht): Privat.

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

**[www.germanwatch.org/de/15732](http://www.germanwatch.org/de/15732)**

# Inhalt

<b>A</b>	<b>Politische Rahmenbedingungen – Rückschau und Ausblick.....</b>	<b>4</b>
<b>B</b>	<b>Die Basis unserer Arbeit .....</b>	<b>8</b>
<b>C</b>	<b>Unsere Arbeit .....</b>	<b>10</b>
	<b>Unternehmensverantwortung.....</b>	<b>10</b>
	Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen.....	10
	Menschenrechte lokal umsetzen, um sie global zu stärken .....	11
	Fairer Umgang mit Rohstoffen.....	12
	Auf Berliner Ebene Expertise zu globalen Lieferketten stärken .....	13
	Ausblick .....	14
	<b>Welternährung, Landnutzung und Handel .....</b>	<b>16</b>
	Deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig gestalten .....	16
	Grundlegende Reform der Tierhaltung .....	16
	Globale Märkte stärker regulieren.....	17
	Ausblick.....	18
	<b>Deutsche und Europäische Klimapolitik .....</b>	<b>19</b>
	Dekarbonisierung in Deutschland beschleunigen – sozial gerecht und an den Zielen des Pariser Abkommens orientiert .....	20
	Die EU zur glaubwürdigen Antreiberin beim Klimaschutz machen – Klimapolitik als Integrationsanker stärken .....	24
	Gemeinsame Klima- und Energiesicherheit im erweiterten Europa – für Frieden und Stabilität .....	26
	Koalitionen für eine sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Transformation stärken .....	27
	Ausblick.....	28
	<b>Internationale Klimapolitik.....</b>	<b>30</b>
	Regeln und Institutionen für den Umgang mit Klimafolgen .....	31
	Internationale Anreize zur Erhöhung der Klimaziele und für 2050-Klimapläne.....	33
	Internationale öffentliche Klimafinanzierung.....	34
	Wirksame und partizipative transformative Partnerschaften .....	35
	Ausblick.....	37
	<b>Bildung für nachhaltige Entwicklung.....</b>	<b>39</b>
	Wissen und Kompetenzen vermitteln .....	39
	Wertebasiert motivieren für die Große Transformation.....	41
	(Politische) Aktion und Vernetzung fördern .....	42
	Ausblick.....	44
	<b>Pressearbeit.....</b>	<b>46</b>
	Ausblick.....	47
	<b>Öffentlichkeitsarbeit.....</b>	<b>48</b>
<b>D</b>	<b>Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen .....</b>	<b>50</b>
<b>E</b>	<b>Finanzbericht – Kalenderjahr 2017 .....</b>	<b>52</b>

# A Politische Rahmenbedingungen – Rückschau und Ausblick

Im Jahr 2015 hat die internationale Staatengemeinschaft zwei entscheidende internationale Rahmenwerke auf UN-Ebene für globale Gerechtigkeit und das Bewahren der Lebensgrundlagen verabschiedet. Ausgangspunkt für diese Zukunftsabkommen sind der Schutz der Menschenrechte und der Grenzen des Planeten für Alle auf der Welt. Die 2030-Agenda mit den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen und das Pariser Klimaabkommen müssen – das ist in den Abkommen klar festgelegt – nun auf allen Ebenen menschenrechtsbasiert umgesetzt werden: lokal, regional, national, zwischen benachbarten Staaten und international. Das ist sehr ambitioniert und die Zeit rennt uns davon. Eine kritische Masse von Staaten, Regionen, Städten, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren müssen dabei an einem Strang ziehen – dazu bedarf es neuer Formen von transformativer Kooperation.

Doch vieles, was seit 2015 passiert, ist ein Schlag ins Gesicht aller EntscheiderInnen von 2015, aller UnterstützerInnen und vor allem der Ärmsten und Schwächsten in der Weltgesellschaft.

„Chaostage der Weltpolitik“ titelte die Süddeutsche Zeitung nach dem G7-Gipfel Anfang Juni in Kanada. Offen verlässt US-Präsident Trump die Welt der auf Vertrauen aufbauenden, regelbasierten Kooperation – ob beim G7-Gipfel, wo er sich per Tweet von den gerade verhandelten Texten zurückzieht, beim NATO-Treffen, bei der Ankündigung von Handelskriegen, beim Aufkündigen der Abmachungen mit dem Iran oder dem schon 2017 angekündigten Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen. Genau auf dieser internationalen Zusammenarbeit fußen aber die Menschenrechte, die notwendigen Regeln für einen fairer zu gestaltenden Welthandel, der globale Klimaschutz und die von der UN unterstützten regionalen Friedensabkommen. Trump zündelt an der Weltordnung. Es gibt die Sorge, dass das eruptive Verhalten des mächtigsten Mannes der Welt und seine Wertschätzung autoritärer Regime zum Lauffeuer wird. Die Entwicklung ist umso besorglicher, als die andere Supermacht, China, die autoritäre Kontrolle der eigenen Bevölkerung, die militärische Aufrüstung und einen zunehmend aggressiven Nationalismus massiv fördert.

Wir sehen bereits weltweit ein Wiedererstarken antidemokratischer, repressiver und zerstörerischer Kräfte. Die Menschenrechte erodieren in Teilen der Welt, Demokratien sind „Angriffen ausgesetzt und auf dem Rückzug“<sup>1</sup>. Teile des fossilen Komplexes in der Welt – man denke nur an die Kochbrüder als wichtige Finanziere des Wahlkampfes von Trump und von Klimaskeptikern – organisieren den Widerstand gegen die Umsetzung des Pariser Abkommens. Manche BeobachterInnen sehen sich angesichts der neuen rechtspopulistischen Tendenzen in Europa, Teilen Asiens und den Vereinigten Staaten an die faschistischen Tendenzen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts erinnert.

Eine Chance in dieser Situation liegt im einmaligen Vorteil der Demokratie. Ihre sich erneuernde Energie besteht darin, durch Verstand und offene Diskussion Lösungen für unsere Unzulänglichkeiten zu finden.

Diese Hinweise gelten auch für unser eigenes Land, denn wir hatten im Frühsommer auch „Chaostage in der deutschen Politik“. Die CSU mit Horst Seehofer und Markus Söder forderte in einem groß angelegten Sommertheater die Kanzlerin und dann auch die gesamte Koalition heraus. Und es ging offensichtlich ums Ganze – auf dem Rücken von Geflüchteten die Koordinaten in Deutschland nach rechts zu verschieben. Die enge Abstimmung mit Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán und dem österreichischen Kanzler Sebastian Kurz, das Anknüpfen von CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt an die „Konservative Revolution“, dem intellektuellen Sammelbecken für Altnazis, euro-

---

<sup>1</sup> Freedom House <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2018>

päischen Faschismus und Radikalkonservatismus nach dem zweiten Weltkrieg, zeigen allzu deutlich, dass es nun auch bei uns um viel geht: Menschenwürde für jede/n oder Egoismus? Menschenrechte oder das Recht des Stärkeren? Liberale Demokratie oder illiberale Autokratie? Europäisches gemeinsames Vorgehen auf der Basis gemeinsamer Werte oder plumpe nationale Abschottung? Meinungsumfragen und viele Aktivitäten zeigen, dass zahlreiche BürgerInnen das Spiel durchschaut haben und den Versuch eines Rechtsruckes der Republik nicht unterstützen. Das ist ein Zeichen der Hoffnung.

Die Hintergründe des Umbruchs der westlichen Welt, für den der Rechtspopulismus nur ein Symptom – allerdings mit selbstzerstörerischen Ansätzen – ist, sind vielfältig. Einige Dimensionen davon sind:

- Der Westen dominiert nicht mehr. Das Schwergewicht der Welt verlagert sich zunehmend, vor allem nach Asien.
- Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in vielen Staaten inzwischen unanständig groß geworden.
- Immer mehr Regionen der Welt werden durch fossile Energien destabilisiert – durch Konflikte und Kriege um den Zugang zu Öl und Gas sowie durch den Risikoverstärker Klimawandel.
- Der alternde Westen ist Teil einer von jungen Menschen zahlenmäßig dominierten Welt, in der derzeit etwa die Hälfte der Menschheit jünger als 18 Jahre ist.
- Die enge Verbindung von Aufklärung, den Errungenschaften des Buchdrucks und rationalem Diskurs löst sich in einer zunehmend von selbstreferenziellen sozialen Medien, Bildern und Tweets geprägten Welt auf.

Die Verhältnisse und die gemeinsamen und mühsam erkämpften Grundlagen einer wertegebundenen Demokratie werden gefährlich flüchtig. Die weltweite Zivilgesellschaft und auch wir als NGO, die sich Germanwatch nennt, sind da in entscheidender Weise gefordert, genau hinzuschauen, zu analysieren und zu handeln.

Jetzt – das ist uns durch unsere intensivierten Debatten nach der Germanwatch-Sonderklausur Anfang 2017 durchaus klar – kommt es ganz besonders auf unser gemeinsames Engagement, unser Rückgrat, auf innovative Koalitionen – national und international – an. Ein einfaches „Weiter so“ kann es nicht geben.

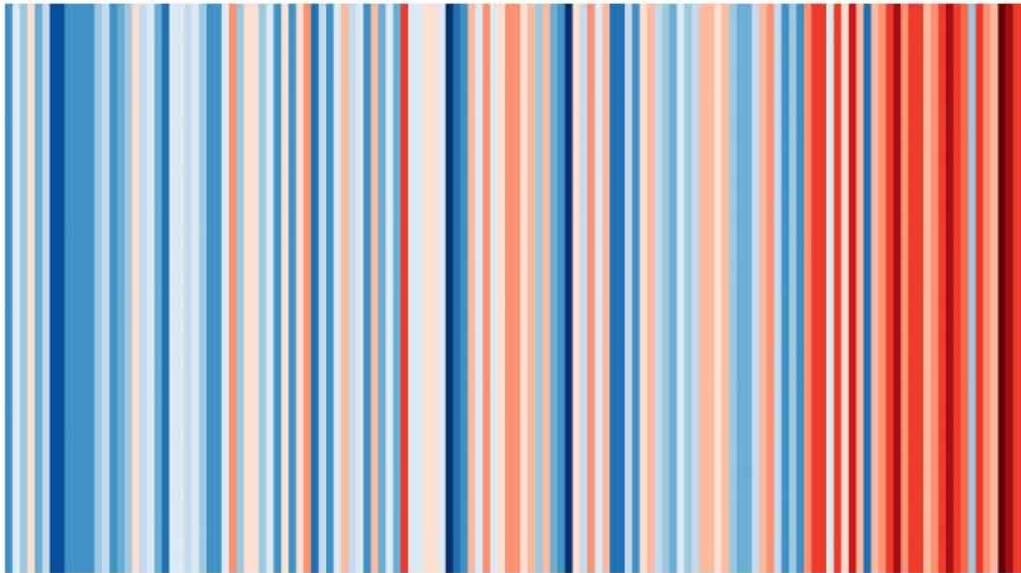
Die Zeiten von kritisch-gemütlich sind vorbei: Wegzuhören, wenn Menschen wegen Herkunft, Religion oder Aussehen verunglimpft werden, bestärkt die Schweigespirale. Sich nur vor dem Fernseher oder Internet aufzuregen und vielleicht ein paar Online-Petitionen zu unterzeichnen, reicht nicht mehr. Wichtig ist, Engagement nicht als Ablehnung (und damit im Bedeutungsrahmen) der Hassrede, sondern als Konsequenz der von uns vertretenen Werte – etwa der Würde des Menschen – auszudrücken.

Jetzt ist es wichtig, symbolisch und faktisch wichtige Debatten zu gewinnen. Bei der Seenotrettung geht es nicht lediglich um den richtigen oder falschen Umgang mit Geflüchteten, sondern um die Minimalstandards einer Zivilisation. Wenn jemand zu ertrinken droht, geht es darum, ein Menschenleben zu retten – egal ob Europäerin oder Afrikaner, Christin, Jeside oder Atheistin, jung oder alt.

### **Der Auftrag: Die Welt transformieren und niemanden dabei zurücklassen**

Ein „Weiter so“ mit einer nicht nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensform verschlimmert viele der Probleme und destabilisiert den Planeten. So macht die massive Zunahme an Hitze und anderen Wetterextremen ganz deutlich: Die Weichen für eine grundlegende Transformation insbesondere des Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftssystems müssen bis etwa 2020 gestellt werden, wenn

wir noch eine ernsthafte Chance haben wollen, die Großgefahrenschwellen – das Pariser Klimaabkommen spricht von deutlich unter 2 °C, möglichst unter 1,5 °C – nicht zu überschreiten.



Die Grafik visualisiert die Durchschnittstemperatur für Deutschland zwischen 1881 und 2017; jeder Streifen steht für ein Jahr, Basis ist der Datensatz des DWD; Grafik: Ed Hawkins/klimafakten.de

#### **Zunahme von Hitzejahren in Deutschland seit Beginn der Temperaturmessung (1980)**

Quelle: <https://www.klimafakten.de/meldung/jetzt-auch-fuer-deutschland-der-klimawandel-als-unheimlich-schoener-strichcode>

Beim Kampf gegen die Klimakrise geht es um Lebensbedingungen der Menschheit, um regelbasierte internationale Kooperation, um eine zukunftsfähige Wirtschaft. Nachdem die Regierung eingeräumt hat, krachend die Klimaziele für 2020 zu verfehlen, geht es nach Jahren ständig neuer Hitzerekorde nun darum, die Weichen wieder für eine verantwortliche Klimapolitik zu stellen: für einen zügigen, aber sozial abgefederten Ausstieg aus der Kohle und endlich für eine Transformation des Verkehrssektors, wo seit 1990 in Deutschland die Emissionen nicht gesunken sind.

In der Landwirtschaft gilt es, den Abschied von einer exportorientierten industriellen Tierhaltung zu organisieren und stattdessen auf eine Landwirtschaft zu setzen, die wieder LEBENSmittel herstellt und nicht Leben – menschliches und die Biodiversität der ökologischen Mitwelt – durch vergiftetes Wasser, Antibiotikaresistenzen und Futtermittelimporte aus armen Ländern gefährdet.

Wir wollen eine EU, die sich stark macht dafür, dass sich international nicht einfach das Recht der Stärkeren, sondern ganz im Gegenteil die Stärke des Rechts durchsetzt. Wir wollen Menschenwürde für alle und brauchen den Schutz der Menschenrechte gegen autoritäre Regierungen sowie unverantwortliche Unternehmen – und den Schutz vor allen menschenverachtenden Fanatismen.

Wir brauchen eine Wirtschaft, die eingebettet ist in die sozialen und ökologischen Systeme, die Mensch und Umwelt nicht zum Spielball anonymer Marktkräfte macht. Wir brauchen eine stärker regionale Energie-, Land- und Forstwirtschaft, aber eben keinen naiven Protektionismus oder Abschottung.

Wir brauchen einen fairen Handel, der fair für alle ist, insbesondere die Schwachen, nicht nur fair für einzelne Länder, wie sich etwa Herr Trump das vorstellt. Die Zivilgesellschaft muss jetzt Formen des

breitenwirksamen Engagements finden, Themen in öffentlichen Debatten setzen und über Solidarität mit betroffenen Menschen nicht nur reden, sondern sie zeigen. Zugleich müssen wir natürlich das hohe Niveau unserer Fachdebatten erhalten.

Die seit über 25 Jahren verfolgten zentralen Ziele und Werte von Germanwatch sind in dieser turbulenten und zum Teil maßlosen deutschen, europäischen und internationalen Auseinandersetzung wichtiger denn je. Die Menschenrechte. Der Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen und der Grenzen des Planeten. Das Engagement für globale und nationale Gerechtigkeit.

Vor Ort, in der EU und global geht es um die Kooperation für eine demokratische Transformation zu einer Gesellschaft, die den Schutz der Menschenwürde und ihrer Lebensgrundlagen – und damit der ökologischen Mitwelt – als Grundlage akzeptiert.

Die folgenden Kapitel verdeutlichen, wie motiviert, strategisch und mit langem Atem unsere Teams – zusammen mit dem Vorstand und anderen Ehrenamtlichen – dies in die Tat umsetzen. Oft passiert dies in ungewöhnlichen Allianzen mit Teilen der Wirtschaft, der Finanzwirtschaft, mit Politik, Wissenschaft und Medien. Vor allem aber ist es eingebettet in Netze und Kooperationen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Wir setzen uns ganz im Sinne des „Transforming our World“ und des „Leave No One Behind“ der 2030-Agenda ein.

Im diesjährigen Rechenschaftsbericht legen wir einen besonderen Fokus darauf, den Zusammenhang unseres Engagements mit dem notwendigen Schutz der Menschenrechte darzulegen. In den beiden Folgejahren werden wir dann den Fokus auf die Arbeit unserer Teams an den anderen zentralen Zielen von Germanwatch legen, einmal auf den Schutz der Grenzen des Planeten und unserer Lebensgrundlagen, das andere Mal auf das Engagement für mehr globale und auch innerstaatliche Gerechtigkeit.

Wir freuen uns über alle, die sich gemeinsam mit Germanwatch und vielen anderen in der Gesellschaft für diese Ziele einsetzen wollen. Und wir danken allen, die uns in der einen oder anderen Form unterstützen. Unser Engagement wäre ohne diesen Rückenwind weit weniger wirkungsvoll.



**Mitarbeitende und Vorstandsmitglieder von Germanwatch bei der Frühjahrsklausur in Bielefeld, Februar 2018. Foto: Valentin Pflieger**

## B Die Basis unserer Arbeit

Der Erfolg von Germanwatch ruht auf den Schultern von vielen Menschen, die dabei unterschiedliche Verantwortung übernehmen. Zusammen mit Mitgliedern und Förderern sowie haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen konnte Germanwatch in den vergangenen zwölf Monaten wichtige Akzente setzen: für die Eindämmung der globalen Klimakrise, für die Umsetzung der 2030-Agenda mit ihren globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung, im Engagement gegen eine industrielle Tierhaltung, die Mensch und ökologische Mitwelt gefährden, und für klare Regeln für Unternehmen, damit diese besser als bisher ihrer Verantwortung für Menschenrechte gerecht werden.

### Unsere Mitglieder und SpenderInnen

Zu Germanwatch gehören aktuell 709 Mitglieder, darunter 369 stimmberechtigte Mitglieder, 331 Fördermitglieder und 9 Ehrenmitglieder (Stand 08.08.2018).

**Tabelle: Mitgliederentwicklung seit 2009**

2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2016	<b>2018</b>
494	535	560	575	603	600	632	644	675	<b>709</b>

Neben den Mitgliedern gibt es einen noch größeren Kreis von Menschen, die Germanwatch auf anderen Wegen unterstützen: finanziell mit großen und kleinen Spenden, mit Zustiftungen (siehe unten) oder durch aktive Mitarbeit in der ein oder anderen Form. Das nicht antragsgebundene Geld der Mitglieder und SpenderInnen sichert ganz besonders unsere Unabhängigkeit und den langen Atem der Organisation. Wir möchten uns dafür bedanken, dass die Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen auch 2017 wieder einen neuen Höchststand erreichten. Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen werden im Kapitel E (Finanzbericht) gesondert vorgestellt.

### MitarbeiterInnen und Vorstand

Die Umsetzung der gemeinnützigen Ziele von Germanwatch, der Projekte und des öffentlichen Auftretts liegt vor allem in den Händen der MitarbeiterInnen der beiden Büros in Bonn und Berlin sowie des ehrenamtlichen Vorstands.

Das Germanwatch-Team wuchs, vor allem da nun erfolgreich Akquise von zusätzlichen Projektmitteln für Umsetzungsstrategien für die Ziele des Pariser Klimaabkommens und der Globalen Nachhaltigkeitsziele organisiert wurde, in den letzten beiden Jahren deutlich: Im August 2016 betrug die Größe der Mitarbeiterschaft (ohne PraktikantInnen, Freiwillige und Aushilfskräfte) 36 Personen mit rund 29 Vollzeitäquivalenten, im August 2017 waren es 42 Personen mit rund 34 Vollzeitäquivalenten und im August 2018 50 Personen mit rund 43 Vollzeitäquivalenten. Der Vorstand dankt allen MitarbeiterInnen herzlich, die nicht nur unsere Themen wirkungsvoll vorangebracht, sondern dies auch in einem sehr angenehmen Miteinander geleistet haben.

Außerdem leisten ehrenamtliche MitarbeiterInnen, PraktikantInnen und Honorarkräfte regelmäßig einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Arbeit von Germanwatch. Auch ihnen allen einen herzlichen Dank vom Vorstand.

Die Geschäftsführung liegt seit 2005 in den zuverlässigen Händen von Christoph Bals und Dr. Gerold Kier. Der Vorstand möchte ihnen an dieser Stelle danken, insbesondere für ihre Umsicht und ihren

strategischen Weitblick, tatkräftig und wirkungsvoll unterstützt von ihren Assistentinnen Katharina Hierl und Judit Mays – ein wichtiger Garant für unseren Erfolg.

Der Vorstand tagt im Abstand von rund zwei Monaten und bringt sich auch darüber hinaus in seinem jeweiligen Kompetenz- und Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit und öffentliche Präsenz von Germanwatch ein. Der Vorstandsvorsitzende nimmt dabei in besonderer Weise hochrangige Lobby- und Repräsentations- sowie Vernetzungsaufgaben wahr. Während Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung von Germanwatch statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen.

### Germanwatch-Vorstand

 <b>Klaus Milke</b> Vorstandsvorsitzender	 <b>Silvie Kreibiehl</b> Stellvertretende Vorstandsvorsitzende	 <b>Michael Windfuhr</b> Schatzmeister
 <b>Sven Harmeling</b> Vorstandsmitglied	 <b>Ingmar Jürgens</b> (seit 09/2017) Vorstandsmitglied	 <b>Anne-Kathrin Kirchhof</b> Vorstandsmitglied
 <b>Prof. Dr. Stefanie Lorenzen</b> (seit 09/2017) Vorstandsmitglied	 <b>Prof. Dr. Reinhard Loske</b> Vorstandsmitglied	 <b>Dr. Klemens van de Sand</b> Vorstandsmitglied
 <b>Dr. Stefanie Ricarda Roos</b> (bis 09/2017) Vorstandsmitglied	 <b>Maria Rudolph</b> Assistentin des Vor- standsvorsitzenden	

### Geschäftsführung

 <b>Christoph Bals</b> Politischer Geschäfts- führer	 <b>Dr. Gerold Kier</b> Administrativer Ge- schäftsführer	
 <b>Katharina Hierl</b> Assistentin der Politi- schen Geschäftsführung	 <b>Judit Mays</b> Assistentin der Admi- nistrativen Geschäfts- führung	

### Unentgeltlich tätige Mitarbeiter

 <b>Dr. Ludger Reuke</b> Referent für Entwicklungspolitik	 <b>Dr. Will Frank</b> Berater für Klimarecht	 <b>Dr. Winfried Zacher</b> Berater für Klima & Ge- sundheit
---	--	---

## C Unsere Arbeit

Die inhaltliche Tätigkeit von Germanwatch gliedert sich in fünf Felder, die wir mit entsprechenden Teams bearbeiten: 1. Unternehmensverantwortung, 2. Welternährung, Landnutzung und Handel, 3. Deutsche und Europäische Klimapolitik, 4. Internationale Klimapolitik sowie 5. Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die beiden Klimateams sind bislang die größten politischen Teams. Deshalb sind die Berichte dieser Teams auch umfassender als die der anderen Teams.

Dabei haben wir übergreifend globale umwelt- und entwicklungspolitische Zielsetzungen für eine nachhaltige Strukturpolitik und die menschenrechtsbasierte Umsetzung der 2030-Agenda (SDG) im Blick. Gerechtigkeit auf globaler und zunehmend auch innerstaatlicher Ebene, das Respektieren der Menschenrechte und der Erhalt der Lebensgrundlagen sowie der Schutz der Grenzen des Planeten und unserer Lebensgrundlagen nehmen in allen unseren Themenbereichen eine zentrale Stellung ein. In diesem Bericht stellen alle Teams gerade deshalb auch den Bezug ihrer Arbeit zur Umsetzung der Menschenrechte dar. Wie in den vergangenen Jahren haben wir zu einigen Themen intensiv teamübergreifend gearbeitet, zum Beispiel die Klimateams und das Team Unternehmensverantwortung zum Thema Finanzmarktregulierung.

### Unternehmensverantwortung

Im Bereich Unternehmensverantwortung wirkt Germanwatch darauf hin, dass Unternehmen aus Deutschland bei ihrer globalen Geschäftstätigkeit die Menschenrechte achten. Um das zu erreichen, wenden wir uns nicht nur direkt an Unternehmen, sondern setzen uns insbesondere für entsprechende Rahmensetzungen ein. Im Berichtszeitraum ging es dabei vornehmlich um die Umsetzung von bestehenden Regulierungen und Aktionsprogrammen wie dem Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte, der CSR-Berichtspflicht und der europäischen Konfliktrohstoffverordnung. Zentrale Forderungen treiben wir nicht nur als Germanwatch sondern auch intensiv im Rahmen von Netzwerken voran und sehen es auch als eine wichtige Aufgabe, die Arbeit dieser Netzwerke zu stärken und strategisch weiterzuentwickeln.

### Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen

#### Gesetzliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen im globalen Geschäftsverkehr in Deutschland verankern

Wir haben uns im Berichtszeitraum weiterhin intensiv für gesetzliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen eingesetzt, damit Unternehmen sich mit den Risiken für Mensch und Umwelt entlang ihrer Geschäftsbeziehungen weltweit auseinandersetzen und wirksame Prozesse und Maßnahmen initiieren müssten, um diese zu beheben. In zahlreichen Gesprächen mit PolitikerInnen und MinisteriumsmitarbeiterInnen haben wir den internationalen Trend hin zu verbindlichen Regeln für Unternehmen aufgezeigt. So gibt es in Frankreich bereits seit 2017 ein Gesetz, das große französische Unternehmen zur Achtung von Menschenrechten und Umwelt verpflichtet und in der Schweiz entscheidet das Parlament noch 2018 über ein entsprechendes Gesetz. Auch das EU-Parlament fordert, eine generelle Sorgfaltsprüfungspflicht für europäische Unternehmen einzuführen.

Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung nun dazu, gesetzliche Regelungen zu schaffen, wenn die vorgesehene Überprüfung von Unternehmen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans (NAP) zu dem Ergebnis kommt, dass mehr als die Hälfte der Unternehmen in Deutschland mit

mehr als 500 Mitarbeitenden keine ausreichende menschenrechtliche Sorgfalt walten lassen. Einsetzen will sie sich dann zudem für eine „EU-weite Regelung“ (siehe dazu unten „Umsetzung des Nationalen Aktionsplans wirksam voranbringen“).

Um die Erfahrungen mit dem französischen Gesetz und dem Ausarbeitungsprozess in der Schweiz für die deutsche Debatte zu nutzen, haben wir im Berichtszeitraum zwei fruchtbare juristische Fachgespräche im Rahmen der AG Recht des CorA-Netzwerkes organisiert. Vortragende waren jeweils an den Ausarbeitungen maßgeblich beteiligte JuristInnen aus Frankreich und der Schweiz, die sowohl mit ExpertInnen aus der Zivilgesellschaft als auch aus der juristischen Wissenschaft debattierten.

## **Gesetzliche Anforderungen an das Berichten über menschenrechtliche Risiken verbessern**

In den vergangenen Jahren hatten wir uns für eine starke Gesetzgebung zur Berichterstattung über sogenannte nicht-finanzielle Informationen, zum Beispiel über Umweltbelange und die Achtung der Menschenrechte, eingesetzt. Seit dem Geschäftsjahr 2017 müssen nun in Deutschland etwa 550 große kapitalmarktorientierte Unternehmen über diese nicht-finanziellen Informationen berichten – und zwar im eigenen Unternehmen und entlang der Geschäftsbeziehungen. Gemäß des CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetzes müssen sie im Lagebericht oder ggf. im Nachhaltigkeitsbericht Angaben machen, die erstens für das Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses und der Lage des Unternehmens erforderlich sind (ökonomische Relevanzschwelle) sowie – und das ist neu – Angaben, die erforderlich sind für das Verständnis der Auswirkungen der Tätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt etc. (nachhaltigkeitsbezogene Relevanzschwelle).

Nun geht es um die Umsetzung dieses Gesetzes. Dazu haben wir im August 2017 eine Stellungnahme zum Entwurf des Deutschen Rechnungslegungs-Änderungsstandards Nr.8 zur Überarbeitung des DRS 20 Konzernlageberichts eingereicht. Der DRS 20 ist der Standard zur Prüfung von Lageberichten und bestimmt Inhalt und Umfang der Prüfung. Erfolgreich konnten wir anregen, dass bei der Abwägung, ob bestimmte Risiken zu berichten bzw. diese näher zu untersuchen sind, nicht nur die Kosten der Informationsbeschaffung sondern auch die Schwere der negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt und die Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts zu berücksichtigen sind. Unterstützt haben wir den Entwurf darin, dass Unternehmen nicht nur Risiken bezogen auf das Unternehmen, sondern unabhängig bzw. eigenständig davon auch für Menschen und Umwelt prüfen müssten – also auch, wenn nur die Nachhaltigkeitsrelevanzschwelle erreicht ist. Dieses Verständnis hat sich aber leider nicht durchsetzen können.

In Bezug auf die Vorbereitungen der EU und in Deutschland zur weiteren Regulierung des Finanzmarktes, um die Tragödie des kurzfristigen Horizontes bei der Berücksichtigung von Klima-, Menschenrechts- und anderen Nachhaltigkeitsrisiken zu verringern, haben wir intensiv mit dem Team Deutsche und EU-Klimapolitik zusammengearbeitet.

## **Menschenrechte lokal umsetzen, um sie global zu stärken**

### **Umsetzung des Nationalen Aktionsplans wirksam voranbringen**

Der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP), den die Bundesregierung im Dezember 2016 verabschiedet hatte, soll bis 2020 umgesetzt werden. Im Berichtszeitraum haben wir diese Umsetzung von NGO-Seite intensiv begleitet. Dazu haben wir uns innerhalb der NGOs, aber auch mit verschiedenen Gewerkschaften, umfangreich beraten und abgestimmt. Als Vertreterin für

das Forum Menschenrechte konnte Germanwatch die zivilgesellschaftlichen Anliegen in der Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Menschenrechte“ innerhalb des CSR-Forums einbringen und dadurch Akzente für die Umsetzung des NAP setzen.

Ein Schwerpunkt lag darauf, das Monitoringverfahren zu konzipieren. Mit diesem Monitoring soll überprüft werden, ob die deutschen Unternehmen mit über 500 MitarbeiterInnen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht ausreichend nachkommen. Wenn weniger als 50 Prozent dieser großen Unternehmen angemessene Verfahren etabliert haben, plant die Bundesregierung gesetzliche Maßnahmen. Da dem Monitoring damit eine große politische Bedeutung zukommt, ist es besonders wichtig, dass das Verfahren transparent und glaubwürdig erfolgt. Im Berichtszeitraum konnten wir wesentliche Anforderungen von NGO-Seite herausarbeiten und in die Debatte einbringen. Als wir innerhalb der zunächst vorgesehenen Methodik problematische Vorgehensweisen identifizierten, konnten wir bewirken, dass die Vorgehensweise nochmals auf den Prüfstand gestellt wurde. Dabei war u.a. hilfreich, dass wir Abgeordnete sowohl aus der Opposition als auch aus der Regierungsfraction gewinnen konnten, die unsere Kritikpunkte aufgriffen und sich für ein belastbares Überprüfungsverfahren einsetzten.

## **Fairer Umgang mit Rohstoffen**

### **Impulse für die nachhaltige Umsetzung von SDG 12 (Nachhaltige Produktions- und Konsummuster) am Beispiel IT setzen**

Exemplarisch am Beispiel des IT-Sektors setzt Germanwatch Impulse für die menschenrechtsbasierte Umsetzung von SDG 12. Dabei wollen wir vor allem ein nachhaltiges und effizientes Ressourcenmanagement stärken (SDG 12.2) und erreichen, dass Unternehmen menschenrechtlichen Risiken entlang ihrer Rohstofflieferketten vorbeugen (SDG 12.6). Beide Ziele müssen erreicht werden, um Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen, da unser Ressourcenkonsum in vielen Rohstoffabbauländern zu Wasser- und Landverknappung, zu Zwangsvertreibungen und Konflikten führt. Anschaulich für VerbraucherInnen machten wir das Ganze mit der Broschüre „Check dein Handy“ (siehe unten) und einer Analyse verschiedener Handymodelle, die wir bezüglich menschenrechtlicher, sozialer und ökologischer Kriterien bewerteten und damit auch Fortschritte und „Scheinselösungen“ herausarbeiteten. In unserer politischen Arbeit haben wir uns auf zwei Bereiche konzentriert: die Reparaturkultur zu stärken und die Umsetzung der EU-Konfliktmineralienverordnung in Deutschland zu begleiten.

### **Langlebigkeit von Produkten durch Reparatur stärken**

Als einen wesentlichen Hebel für ein nachhaltiges Ressourcenmanagement im IT-Sektor haben wir die Stärkung der Reparatur identifiziert, weil damit Produkte länger genutzt werden können. Im Berichtszeitraum koordinierten wir weiterhin das Netzwerk Runder Tisch Reparatur, welches sich zusammen mit Verbraucher- und Umweltorganisationen, dem reparierenden Gewerbe, der Vertretung der Repaircafés, iFixit und weiteren Organisationen für bessere Rahmenbedingungen für Reparatur einsetzt. Wir führten ein umfangreiches Stakeholdermapping durch, um mögliche Kooperationspartner zu identifizieren und erarbeiteten angelehnt an den US-Repairact einen Vorschlag für ein Recht auf Reparatur in Deutschland. Mit einem Fachgespräch haben wir zudem das Instrument der Mehrwertsteuerreduktion für Reparaturdienstleistungen in die Diskussion gebracht, die bereits in Ländern wie Schweden erfolgreich zum Einsatz kommt. Durch eine Mehrwertsteuerreform auf EU-Ebene könnte das Instrument eine neue Umsetzungschance in Mitgliedsstaaten bekommen. Konkret bezogen auf den IT-Sektor beschäftigten wir uns mit zunehmenden Hürden, die durch Software für die Langlebigkeit von Produkten sowie Reparatur entstehen. Zudem versuchen wir auch aus

dem Kfz-Bereich zu lernen, wo die Möglichkeiten für Reparatur weitaus besser verankert sind als im IT-Sektor.

## Umsetzung der EU-Regulierung zur Bekämpfung von Konfliktfinanzierung begleiten

Vor einem Jahr, im Juni 2017, wurde die EU-Konfliktmineralienverordnung verabschiedet, aber erst 2021 tritt sie in Kraft. Vorher müssen noch wichtige Weichen gestellt werden. Zum Beispiel ist noch unklar, welche Rolle privaten Industrieinitiativen für die Umsetzung der Verordnung zugeschrieben wird. Mit einer umfassenden Analyse zahlreicher Industrieinitiativen im Rohstoffabbau bezüglich ihrer Glaubwürdigkeit und Transparenz wiesen wir auf gravierende Mängel dieser Initiativen hin und diskutierten die Ergebnisse mit der EU-Kommission, um einen Beitrag für eine wirkungsvolle Umsetzung der Verordnung zu leisten. Gemeinsam mit anderen Nichtregierungsorganisationen auf nationaler und europäischer Ebene begleiteten wir die Umsetzungsschritte der Verordnung kritisch, u.a. mittels Pressearbeit, Gesprächen mit VertreterInnen von Ministerien, Abgeordneten des EU-Parlaments und umsetzenden Behörden. Wir wiesen dabei sowohl auf potenzielle Fallstricke als auch auf Lösungsansätze hin.

## Auf Berliner Ebene Expertise zu globalen Lieferketten stärken

Mit dem Projekt „**Check dein Handy**“ trägt Germanwatch in einer Kooperation mit der Umweltorganisation Yeşil Çember die Diskussion über und um den nachhaltigen und bewussten Umgang mit Handys an BildungsmultiplikatorInnen für deutsch-, arabisch- und türkischsprachige junge Erwachsene insbesondere in Berlin heran. Zusammenhänge werden so vermittelt, dass Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Kontexten sich für eine Auseinandersetzung mit diesen drängenden Fragen verantwortlich fühlen, ohne dass sie sich der globalen Dimensionen verschließen. Das Bildungsmaterial „Check dein Handy! Cep telefonunu kontrol et! المحمول هاتفك إحصص!“ konnte über bestehende Strukturen von Germanwatch und Yeşil Çember in die Bildungsarbeit von MultiplikatorInnen eingebracht werden und darüber hinaus im Rahmen des Projektes „Integra\_et\_Klima“ in Integrationskursen eingesetzt werden. Es fanden im Herbst 2017 zwei Bildungsworkshops in Berlin und in Paderborn statt. Das Material wurde darüber hinaus in Bildungsnetzwerken (z.B. Berliner Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationszentrum e.V., Epiz) verbreitet.

Die für 2018 und 2019 geplante Novellierung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes nahmen wir als Anlass, im Februar 2018 im Rahmen des Bündnisses „**FAIRgabe**“ eine Konferenz zum Thema im Februar 2018 mitzugestalten. Sie sollte unseren Forderungen nach einer angemessenen Verankerung von menschenrechtlichen Standards im Rahmen eines novellierten Ausschreibungs- und Vergabegesetzes Nachdruck verleihen und mit guten Beispielen demonstrieren, wie nachhaltige öffentliche Beschaffung praktisch umgesetzt wird.

Der diesjährige deutsche **Erdüberlastungstag** lag am 2. Mai. Wäre der Ressourcenverbrauch der Weltbevölkerung so groß wie in Deutschland, dann hätte sie schon bis zu diesem Zeitpunkt die regenerierbaren Ressourcen verbraucht, die ihr für das gesamte Jahr zur Verfügung stehen. Um einen solchen Verbrauch nachhaltig zu decken, bräuchten wir drei Erden. Die Daten werden von unserem Kooperationspartner, dem Global Footprint Network, errechnet. Mit einer Pressemitteilung und in den sozialen Netzwerken schafften wir zu diesem Anlass eine gute Resonanz. Da der Ressourcenverbrauch in Deutschland pro Kopf höher liegt als im weltweiten Durchschnitt, liegt der deutsche etwa drei Monate vor dem globalen Erdüberlastungstag. Dann hat die gesamte Weltbevölkerung die natürlichen Ressourcen, die die Erde innerhalb eines Jahres regenerieren kann, verbraucht. Zu

diesem Anlass organisierten wir, – diesmal am 1. August – wie auch in den vergangenen Jahren, eine Aktion vor dem Brandenburger Tor.



In Berlin haben wir am 1. August auf den Erdüberlastungstag 2018 aufmerksam gemacht und die Erde ausgepresst wie eine Zitrone. – Foto: Jörg Farys/Die Projektoren



## Ausblick

Die Umsetzung der genannten Rahmensetzungen wird uns auch im kommenden Jahr beschäftigen. So werden wir uns weiterhin für eine ambitionierte Umsetzung des **Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte** einsetzen und insbesondere die Methodik und anschließende Umsetzung des Monitorings kritisch begleiten. Einen Schwerpunkt werden wir – gemeinsam mit dem Germanwatch-Team Welternährung, Handel und Landnutzung – auf die menschenrechtlichen Auswirkungen des Agrarsektors setzen.

Um die Umsetzung der **CSR-Berichterstattungsrichtlinie** zu überprüfen, werden wir ausgewählte Unternehmensberichte insbesondere nach menschenrechtlichen Kriterien untersuchen und daraus entsprechende Schlussfolgerungen ableiten.

Da ein wesentlicher Aspekt des Menschenrechtsschutzes darin besteht, dass Betroffene ihre Rechte einfordern können, setzen wir uns auch weiterhin für wirksame **Beschwerdemöglichkeiten** ein. Dazu gehört auf nichtstaatlicher Ebene eine funktionierende Nationale Kontaktstelle (NKS). Um die Arbeit der deutschen NKS zu verbessern, wollen wir insbesondere die anstehenden Maßnahmen im Zuge des Peer Reviews der deutschen NKS nutzen.

Bezüglich der **EU-Konfliktmineralienverordnung** werden wir im kommenden Jahr einen Schwerpunkt auf die angekündigten Begleitmaßnahmen legen. Hier sehen wir noch keine ausreichende Umsetzung und werden deshalb im kommenden Jahr beispielhaft zusammen mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Kolumbien Vorschläge erarbeiten, wie diese im Sinne der lokalen Bevölkerung ausgearbeitet werden müssten und diese Vorschläge anschließend der Politik unterbreiten.

Zur Förderung einer wirkungsvollen **Rahmensetzung für Reparatur** werden wir ein besonderes Augenmerk auf die vorgeschlagenen Maßnahmen der EU-Kommission im Rahmen der **Ökodesignverordnung** werfen, die im nächsten Halbjahr von den Mitgliedsstaaten abgestimmt werden. Wir wollen darauf hinwirken, dass Deutschland sich in der EU, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, tatsächlich für mehr Reparierbarkeit einsetzt.

Auf Berliner Ebene konzipieren wir derzeit eine **Exkursion**, die Geschichten zum Thema Arbeit und Ausbeutung entlang von S- und U-Bahnlinien erzählen und Kooperationsmöglichkeiten mit Vereinen, Gewerkschaften und Einzelpersonen bieten soll. Über das Thema „Arbeit“ wollen wir globale Strukturen und Geschichten von Einwanderung und Arbeit in Berlin thematisieren.

Auch **Berliner Unternehmen** wollen wir verstärkt adressieren: Wie konsequent kommen Berliner Unternehmen ihrer Verantwortung für Menschenrechte nach? Die neuen Vorgaben zur Berichterstattung über wesentliche Risiken ihrer Tätigkeit für Menschenrechte sowie die Umwelt, die 22 große Berliner Unternehmen einhalten müssen, bietet dafür einen Anknüpfungspunkt.

## Mitarbeiterinnen

	<b>Cornelia Heydenreich</b> Teamleiterin		<b>Johanna Kusch</b> Referentin für Unternehmensverantwortung		<b>Julia Otten</b> Referentin für zukunftsfähiges Wirtschaften in globalen Lieferketten im Rahmen des Berliner PromotorInnen-Programms
	<b>Antonia Reichwein</b> (bis 02/2018) Referentin für Ressourcenpolitik und IT-Branche		<b>Johanna Sydow</b> Referentin für Ressourcenpolitik und IT-Branche		<b>Franziska Wohltmann</b> (bis 11/2017) Referentin für zukunftsfähiges Wirtschaften in globalen Lieferketten im Rahmen des Berliner PromotorInnen-Programms
	<b>Ajla Ahmetovic</b> (bis 08/2018) Freiwilliges Ökologisches Jahr 2017/18				

**PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Lion Bintz, Jakob Hoffman, Helene Pinsuwan, Josephine Valeske**

**Verantwortlich seitens des Vorstands: Prof. Dr. Stefanie Lorenzen, Silvie Kreibiehl, Klaus Milke, Michael Windfuhr, Ricarda Roos (bis 09/2017)**

## Welternährung, Landnutzung und Handel

Welche und wie viele Nahrungsmittel wir essen und wie diese erzeugt werden, beeinflusst die Umsetzung vieler Menschenrechte. Natürlich ist das Recht auf eine „angemessene Ernährung“ hier besonders wichtig. Noch immer haben mehr als 800 Millionen Menschen nicht genug zu essen, um bei leichten Tätigkeiten gesund zu bleiben. Da die meisten Armen körperlich schwer arbeiten, ist die tatsächliche Zahl der Hungernden viel größer. Gleichzeitig leidet fast eine Milliarde Menschen weltweit an starkem bis krankhaftem Übergewicht (Adipositas). Herz-Kreislaufkrankungen und Diabetes, die oft durch Ernährung mit verursacht werden, nehmen weltweit zu. Damit steht das aktuelle Ernährungssystem vielfach auch dem Recht auf Gesundheit entgegen. Durch den intensiven Einsatz von Düngern und Pestiziden gefährdet die industrielle Landwirtschaft auch das Recht auf Wasser. Und als wichtige Quelle von Treibhausgasen – am massivsten durch die industrielle Tierhaltung und ihre Futtermittelimporte – befördert die derzeitige Form der Landwirtschaft den Klimawandel, der möglicherweise zur größten Bedrohung der sozialen Menschenrechte wird, wenn er ungehindert fortschreitet.

## Deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig gestalten

2017 begann der Prozess zur Gestaltung der Europäischen Agrarpolitik für die Jahre 2021 bis 2028. Die kontinuierliche Dialog- und Öffentlichkeitsarbeit von Germanwatch und anderen Entwicklungs- und Umweltorganisationen hat vorläufige Ergebnisse gezeigt: In ihrer ersten Kommunikation zum Reformprozess bezieht sich die EU Kommission ausdrücklich auf die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Auch in der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die sich nun an den SDGs orientiert, wurden die Ziele für die Landwirtschaft konkretisiert. Gleichwohl wollen Kommission und Bundesregierung im Wesentlichen an den ungeeigneten agrarpolitischen Instrumenten der letzten Jahre festhalten und die Erzeugung weiter auf Weltmarkt und Exporte ausrichten.<sup>2</sup> Auf die Risiken dieser exportorientierten Strategie – für Menschenrechte und Grenzen des Planeten, gerade aber auch für die MilchbäuerInnen weltweit, hat Germanwatch auch im letzten Jahr wiederholt hingewiesen.<sup>3</sup>

Eine andere Agrarpolitik ist auch notwendig, um die Klimaschutzziele für die deutsche und europäische Landwirtschaft zu erreichen. Germanwatch engagiert sich in einem Projekt des Europäischen Umweltbüros auf EU-Ebene und im Rahmen der Klima-Allianz, dass ehrgeizige Ziele und ausreichende Anreize für den Umbau hin zu einer klimafreundlicheren Landwirtschaft geschaffen werden.

## Grundlegende Reform der Tierhaltung

Um das Recht auf Gesundheit umzusetzen, muss die Wirksamkeit von Antibiotika erhalten bleiben. Ihr massenhafter Einsatz bei Nutztieren trägt zu Resistenzen bei und gefährdet so die Wirksamkeit. Tiere die artgerecht gezüchtet, gehalten und gefüttert werden, sind gesünder und brauchen viel weniger Antibiotika als ihre Artgenossen in industrieller Haltung. Germanwatch hat zu einer im Frühjahr 2018 erlassenen Verordnung beigetragen, die strengere Auflagen für den Einsatz einiger Antibiotika mit höchster Priorität für die Humanmedizin (Reserveantibiotika) im Stall vorgibt. So wird eines der zentralen „Schmiermittel“ der industriellen Tierhaltung begrenzt. Zugleich wurde dabei eine wichtige Erfassungs- und Informationslücke beim Einsatz von Reserveantibiotika in Tierfabriken geschlossen. Als Sachverständige im Bundestags-Umweltausschuss konnte Germanwatch auf Risiken

---

<sup>2</sup> <http://germanwatch.org/de/15506>

<sup>3</sup> <http://germanwatch.org/de/download/19390.pdf>

multiresistenter Keime aus industriellen Ställen und Schlachthöfen hinweisen und die wichtigsten agrarpolitischen Empfehlungen an den Bundestag darlegen.

2017 gingen sowohl der Fleischkonsum als auch die Fleischproduktion in Deutschland leicht zurück. Nach Ansicht des Bayerischen Landesamt für Landwirtschaft (Agrarmärkte 2017, S. 248) hat das Thema Antibiotika in der Tierhaltung maßgeblich zu „einer gewissen Kaufzurückhaltung“ von Fleisch beigetragen. Das interpretieren wir auch als Erfolg unserer Arbeit.

Nachdem es in der letzten Legislaturperiode keine Fortschritte gab, legte das Landwirtschaftsministerium nun eine Verordnung zur Kennzeichnung des Tierwohls auf Fleisch vor. Diese soll nur freiwillig sein, könnte aber die von uns geforderte verpflichtende Kennzeichnung vorbereiten. Daher bringen wir uns mit Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen in den Kennzeichnungsprozess ein und definieren mit, wo Tierschutz anfängt und eine Kennzeichnung auch positive Wirkungen für Antibiotikaminimierung, Wasser- und Klimaschutz entfalten kann. Die sorgfältig vorbereitete Allianz mit den Wasserwerken zum Schutz des Wassers vor Nitratüberschüssen und Antibiotika aus den Ställen erhält deutlichen Rückenwind durch ein Urteil des EU-Gerichtshofes. Es stellt fest, dass die vormalige deutsche Düngeverordnung EU-Recht zum Grundwasserschutz verletzt. Damit werden auch Menschenrechte auf Wasser und Gesundheit beeinträchtigt. Ob die seit 2017 geltende neue Düngeverordnung ausreicht, um das EU-Recht einzuhalten, wird von ExpertInnen massiv bezweifelt. Wir setzen die Kritik an solchen Mogelpackungen fort und benennen die Risiken der industriellen Tierhaltung sowie die Chancen eines Umstiegs der Landwirtschaftspolitik. Dazu sind Gespräche mit der neuen Bundesumweltministerin ebenso wie neue Studien u.a. zu Menschenrechtsdefiziten entlang der Lebensmittelkette (gemeinsam mit dem Team Unternehmensverantwortung von Germanwatch) geplant. Germanwatch setzt sich zudem verstärkt dafür ein, die Digitalisierung in der Landwirtschaft nachhaltig zu gestalten und zu verhindern, dass hier öffentliche Güter wie Saatgut und Datenschutz Konzerninteressen geopfert werden.



Das Team Welternährung auf einer Demonstration für die Weideschafhaltung im März 2018 in Berlin.

Foto: Germanwatch

## Globale Märkte stärker regulieren

Für die Arbeit zur internationalen Handelspolitik stehen Germanwatch nach wie vor nur wenige finanzielle Mittel zur Verfügung. Im Rahmen der Arbeitsgruppe Handel des Forum Umwelt und Entwicklung, die Germanwatch mit koordiniert, konnte eine Analyse der EU Handelsstrategie „Trade

for all“ erstellt werden. Darin wird festgestellt, dass die Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsrhetorik in den handelspolitischen Verlautbarungen der Kommission noch einmal stark zugenommen hat. In der tatsächlichen Verhandlungsstrategie und wirksamen Bestimmungen in neuen Handelsabkommen schlägt sich das bislang allerdings noch nicht oder kaum nieder. Die wirksame Orientierung der europäischen Handelspolitik an den Zielen für nachhaltige Entwicklung und eine Prüfung ihrer Auswirkungen auf die Menschenrechte wollen wir deshalb auch zum Thema im Wahlkampf zum Europäischen Parlament machen



## Ausblick

Im kommenden Jahr werden wir unsere Lobbyarbeit zur Gestaltung der deutschen und europäischen Agrarpolitik fortsetzen, insbesondere mit Blick auf Klimaschutz und den Umbau der Tierhaltung. Dazu werden wir uns zusammen mit unseren Partnerorganisationen an den EU-weiten Aktionstagen vom 26.-28.10.2018 für eine andere Agrarpolitik beteiligen. Schwerpunkt der im Januar 2019 erscheinenden neuen Ausgabe des „Kritischen Agrarberichts“, bei der wir als Mitherausgeber fungieren, sind die Umsetzung der Globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung und welchen Beitrag die Europäische Agrarpolitik leisten kann. Zur Grünen Woche im Januar 2019 in Berlin werden wir uns wieder an der großen „Wir haben es satt“-Demonstration beteiligen. Ende 2018 wird der Kurzfilm zu Agrarpolitik und SDGs am Beispiel Milch veröffentlicht, der auch zur Beteiligung an der Demo motivieren soll. 2019 bieten sich wichtige Chancen, den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung weiter zu regulieren, so bei der Überprüfung der Antibiotikadatenbank für Tierhaltungen im Arzneimittelgesetz, bei der Umsetzung der EU-Tierarzneimittelverordnung in deutsches Recht.

## MitarbeiterInnen



**Tobias Reichert**  
Teamleiter



**Reinhild Benning**  
Referentin für Landwirtschaft und Tierhaltung



**Anneke Bargfrede**  
(bis 08/2018)  
Freiwilliges Ökologisches Jahr 2017/18

Mit Unterstützung von: Clara Baumann

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Theresa Iglauer, Marie Lachenmann, Ricarda Rüdiger

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Klemens van de Sand, Michael Windfuhr, Prof. Dr. Reinhard Loske

## Deutsche und Europäische Klimapolitik

Seit Winter 2017/2018 ist für die Akteure weltweit, die sich in ihren Ländern für einen entschiedenen und schnellen Übergang in die treibhausgasneutrale Wirtschaft einsetzen, Deutschland als Vorreiter weggebrochen. Während der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strombereich weiter gut vorangekommen ist, sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 2008 nicht mehr gesunken, die Emissionen des Verkehrsbereichs liegen gar auf dem Niveau von 1990. Die Ankündigung von Union und SPD in den Sondierungsgesprächen zur Großen Koalition, dass das deutsche Ziel zur Emissionssenkung um 40% erst nach dem eigentlichen Zieljahr 2020 erreicht wird, hat eine Schockwelle durch Umweltschutzorganisationen, Wissenschaft, Unternehmen und Politik geschickt – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Die Debatten über eine Anhebung der jeweiligen nationalen Klimaziele, wie im Pariser Klimaabkommen für die kommenden Jahre vorgesehen, werden dadurch in vielen Ländern erschwert. Welche Probleme das für die Argumentation klimaschutzaffiner Akteure weltweit mit sich bringt, hören deutsche Diplomaten im Ausland, hört aber auch Germanwatch viel zu häufig.

Auch in Deutschland hat sich der Diskurs gedreht. Klar wird nun: In unserem Land herrschte viele Jahre lang weitgehender Stillstand in vielen Sektoren der Klimapolitik. Nachdem die einfach zu erreichenden Früchte des Klimaschutzes abgeerntet waren (v.a. durch Zusammenbruch und Abwicklung der DDR-Industrie, billige Effizienzgewinne in der Industrie und bei Konsumgütern) verhinderten gestrige aber mächtige Interessen aus (Auto-)Industrie, Kohlewirtschaft und industrieller Großlandwirtschaft, dass die ohnehin nicht sehr mutige Politik nun die notwendigen Vorgaben für die nächste Etappe der Dekarbonisierung machte.

Und die alten Interessen machen weiter mobil. Noch ist völlig unklar, ob es in dieser Auseinandersetzung bis zu den nächsten Bundestagswahlen gelingt, aus dem Klimaschutzstillstands- wieder ein Klimaambitionsland zu machen. Dazu kommt ein weiteres Problem. Die Debatte über neue Instrumente für mehr Klimaschutz lenkt viele Akteure davon ab, dass die EU im Pariser Klimaabkommen unterschrieben hat, bis Anfang 2020 möglichst die Anhebung des eigenen Emissionsziels anzukündigen. Damit der im Pariser Abkommen eingebaute sogenannte Ambitionssteigerungsmechanismus zu möglichst vielen Zielanhebungen der Länder führt, braucht es ein Vorgehen der EU. Doch ohne Deutschlands aktive Unterstützung wird das kaum gelingen. Und während das Bundesumweltministerium in Brüssel die Zielanhebung für 2030 und 2050 unterstützen möchte, blockiert bislang das Wirtschaftsministerium.

In dieser Lage hat sich das Team Deutsche und Europäische Klimapolitik von Germanwatch in den vergangenen zwölf Monaten intensiv dafür eingesetzt, dass

1. das Emissionsziel für 2020 (-40%) so schnell wie möglich und nicht später als 2021/2022 erreicht wird,
2. u.a. im Koalitionsvertrag und seiner Umsetzung die Weichen so gestellt werden, dass das 2030-Klimaziel und seine Sektor-Unterziele mit hoher Wahrscheinlichkeit erreicht und möglichst übererfüllt werden,
3. Deutschland auf EU-Ebene nicht zusammen mit Polen und anderen Staaten zum Blockierer für eine Anhebung der EU-Klimaziele wird
4. und dass Deutschland in seiner Zusammenarbeit mit europäischen Ländern entschlossener und wirksamer beiträgt zum Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zur Treibhausgasneutralität in ganz Europa.

## **Dekarbonisierung in Deutschland beschleunigen – sozial gerecht und an den Zielen des Pariser Abkommens orientiert**

Der Koalitionsvertrag der neuen Großen Koalition weist im Bereich der deutschen Klimapolitik Licht und Schatten auf. Das Eingeständnis der Bundesregierung, man werde die Klimaschutzlücke zum 40-Prozent-Reduktionsziel gegenüber 1990 bis 2020 nicht rechtzeitig schließen können, konnte Germanwatch nutzen, um während der Koalitionsverhandlungen durch intensive Gespräche und öffentliche Stellungnahmen Druck für einen ambitionierten Koalitionsvertrag aufzubauen. So ist es in gutem Zusammenspiel mit den Partnern der Klimaallianz und des Deutschen Naturschutzrings (DNR) gelungen, dass die Koalitionäre ihre Verantwortung für den Klimaschutz reformuliert und eine Reihe von Prozessen durch das neue Regierungsprogramm auf den Weg gebracht haben.

Um das Erreichen des Klimaziels 2030 rechtsverbindlich abzusichern, soll – wie von Germanwatch schon lange Jahre gefordert – 2019 nun ein Klimaschutzgesetz verabschiedet werden. Im Vorfeld dazu erarbeitet das Bundesumweltministerium im Rahmen des Klimaschutzplans 2050 das „Maßnahmenprogramm 2030“ zur jeweiligen Zielerreichung in den Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft. Für den Energiesektor wird angekündigt, bis Ende 2018 ein Datum für den Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland vorzulegen. Zur Identifizierung der notwendigen Klimaschutzmaßnahmen und für den sozialverträglichen Strukturwandel in diesem Sektor wurde eigens die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (WSB)“ von der Regierung eingesetzt. In den Vorbereitungen zum Einsetzungsbeschluss und zur personellen Besetzung dieser Kommission hat Germanwatch gemeinsam mit befreundeten Organisationen (Klima-Allianz Deutschland, DNR) eine Reihe von Gesprächen mit dem Bundesumweltministerium (BMU), dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) und dem Kanzleramt geführt. Parallel haben wir mit Pressemitteilungen und mit verschiedenen Partnern koordinierten öffentlichen Briefen die Diskussion über nötige Ergebnisse und die Besetzung der Kommission vorangetrieben.

So konnte Germanwatch dazu beitragen, dass sowohl der Einsetzungsbeschluss der Kommission WSB als auch deren Besetzung die klimapolitische Chance bieten, die Kommissionsarbeit zu einem Erfolg zu führen. Da das deutsche 2030-Klimaziel noch nicht kompatibel zu den Vorgaben im Pariser Abkommen ist, arbeitet Germanwatch darauf hin, dass das Ergebnis der Kommission eine spätere Ambitionssteigerung nicht ausschließt. Hierzu gibt es enge Abstimmungen mit den in der Kommission vertretenen Umweltverbänden und anderen Akteuren.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung hängt neben den ökologischen Fragen auch sehr stark mit vielfältigen sozialen Fragen zusammen. Die Bundesregierung verfolgt im Zusammenhang mit den Strukturfragen in den betroffenen deutschen Kohleregionen das Konzept „Just Transition“. Im Grundsatz ist das sehr zu begrüßen, darf aber nicht dazu führen, dass die Belange sozialer Betroffenheit verkürzt eindimensional betrachtet werden. Auch durch oben genannte Interventionen konnte Germanwatch mit dazu beitragen, dass neben der Interessensvertretung der Arbeitnehmerschaft durch Gewerkschaften als Kommissionsmitglieder auch Mitglieder benannt wurden, die die Interessen der vom Tagebau negativ Betroffenen in die Kommission hineinbringen. Dies führt zu einer faireren Betrachtung des Gesamtthemas. Menschen, die vom Klimawandel massiv betroffen sind, sind aber nach wie vor nicht repräsentiert.

Germanwatch sieht es in der Begleitung der deutschen Klimapolitik und der Arbeit der Kommission WSB auch als seine Aufgabe, immer wieder einzufordern, dass die Menschenrechte der vom Klimawandel besonders betroffenen Menschen im Globalen Süden ebenso thematisiert und berücksichtigt werden wie die Menschenrechte der von Energieinvestitionen oder dem Abbau der dafür notwendigen Rohstoffe betroffenen Menschen.

## CO<sub>2</sub>-Bepreisung

Als ein zentrales Instrument der Klimapolitik in den Sektoren Energie, Verkehr und Gebäude setzt sich Germanwatch für einen investitionsrelevanten CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im Stromsektor, aber auch einen CO<sub>2</sub>-Preis im Gebäude- und Verkehrssektor ein. Vieles spricht dafür, dass die Klimaziele sonst nicht zu erreichen sind.

Sowohl Schiefergas als auch die immer stärker sinkenden Kosten für Erneuerbare Energien haben – von kurzfristigen Schwankungen abgesehen – aus Wettbewerbsgründen eine obere Preisgrenze für Kohle, Öl und konventionelles Gas gesetzt. Dies führt dazu, dass weltweit nicht nur Erneuerbare Energien, elektrische Autos und Effizienztechnologien boomen, sondern auch SUVs und Ölheizungen. Hier liegt ein wichtiger Grund, dass die globalen Emissionen nach zwei Jahren der Stagnation im Jahr 2017 wieder gestiegen sind.

Natürlich ist es vor diesem Hintergrund sinnvoll und wichtig, dass in möglichst vielen der großen Emittentenstaaten, die in der G20 versammelt sind, ein CO<sub>2</sub>-Preis initiiert wird. Und Germanwatch hat sich vor dem Hamburger G20-Gipfel massiv dafür eingesetzt, dass dies gemeinsam von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Think Tanks gefordert wurde. Aber die Bemühungen auf globaler Ebene müssen zugleich ein Anreiz sein, in Deutschland und einer Gruppe von Vorreiterstaaten der EU bei dem Thema voranzugehen. Germanwatch hat diese Debatte in Deutschland in den letzten Monaten maßgeblich vorangetrieben – durch einen gemeinsamen Aufruf mit ÖkonomInnen, durch die Weiterentwicklung der Position der Klima-Allianz, durch ein gemeinsam mit dem Verein CO<sub>2</sub>-Abgabe veranstaltetes parlamentarisches Frühstück, das in einer interfraktionellen Gruppe von ParlamentarierInnen mündete, durch diverse deutsch-französische Aktivitäten (s. Abschnitt dazu auf S. 25) und die Diskussion mit verschiedenen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen. Germanwatch wird diese Aktivitäten fokussiert weiter fortsetzen.

## Digitalisierung als Chance und Problem

Die Digitalisierung spielt auch in Bezug auf die Energiewende eine entscheidende Rolle: Sie kann helfen, die komplexen Herausforderungen der Dezentralisierung, Flexibilisierung und Effizienz zu meistern. Sie öffnet zudem neue Chancen für die Umsetzung von Menschenrechten, etwa durch den Zugang zu Informationen und sauberer Energie, aber auch für das „Watchen“ von Menschenrechtsverstößen.

Doch die Digitalisierung der Stromwirtschaft birgt weltweit auch Gefahren, u.a. für den Schutz der Menschenrechte: Sie unterliegt zum Teil der Kontrolle und Manipulation im Rahmen von zunehmender Oligopolisierung durch wenige Unternehmen und zum Teil der Kontrolle durch autoritäre Staaten (nicht nur in China oder Russland). TeilnehmerInnen bei Demonstrationen, etwa gegen Kohle-, Nuklear- oder Ölindustrien, können durch das Internet viel systematischer kontrolliert werden als im vergangenen Jahrhundert. Aber auch der Abbau von Rohstoffen für die Digitalisierung geht allzu oft mit Menschenrechtsverletzungen einher.

Germanwatch arbeitet darum daran, dass die Politik die Rahmenbedingungen so setzt, dass die genannten Potenziale genutzt und zugleich der Schutz vor Eingriffen in das Privatleben sowie die Kontrolle der eigenen Daten gewährleistet werden können. Dafür organisieren wir z.B. im Herbst 2018 mit Partnerorganisationen eine Konferenz mit bis zu 1.000 Teilnehmenden, bei der wir uns diesen Fragen widmen.

Eine Technologie, der von manchen ein ähnlich veränderndes Potenzial zugeschrieben wird wie dem Internet, ist die Blockchain. Germanwatch mischt sich mit einem Hintergrundpapier, Vorträgen und Interviews in die Debatte um Chancen und – etwa bei der derzeitig damit verbundenen Energienutzung – Risiken dieser Technologie für die Energiewende ein – damit Menschenrechte und Klimaschutz im Diskurs nicht untergehen.



**Germanwatch diskutiert auf einer Tagung Vor- und Nachteile der Blockchain für die Energiewende, Juni 2018 – Foto: GIZ**

## Stromnetze für die Energiewende

Der nach wie vor viel zu langsame Aus- und Umbau der Stromnetze in Deutschland führt zu Risiken für eine zügige Umsetzung der Energiewende. Germanwatch setzt sich seit Jahren dort, wo der Netzausbau für die Energiewende notwendig ist, für eine Beschleunigung des Ausbaus ein, immer nach dem Motto: Soviel Netzausbau (und so schnell) wie für den Erfolg der Energiewende notwendig – aber auch so wenig Netzausbau (und so schonend) wie möglich. Auch in Europa bedarf es zwischen den Staaten zusätzlicher Anstrengungen, um durch mehr grenzüberschreitende Stromverbindungen und angesichts der sehr unterschiedlichen Potentiale für die Umsetzung verschiedener Erneuerbarer Energien die Kosten der Energiewende weiter zu senken und ihr Tempo zu beschleunigen.

Germanwatch erforscht mit Partnerorganisationen, wie eine optimale Netzstruktur für die Energiewende aussieht – immer orientiert am Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen und an den Menschenrechten. Das heißt, dass wir Innovationen nicht nur auf ihre Umwelt- und Klimaverträglichkeit abklopfen, sondern auch sozialen Menschenrechten hohe Beachtung schenken. So wird im Norden Deutschlands ein „Energiekosmos“ entstehen, in dem das Netz der Zukunft erprobt wird. Germanwatch entwickelt dafür eine Partizipationsstrategie, damit sich Menschen vor Ort besser als bisher einbringen können.

Germanwatch ist zudem im Dialog mit KritikerInnen des Stromnetzausbaus, vor allem entlang des nun als Erdkabel geplanten Südostlinks in Nordbayern und Thüringen. Wir wollen die Anliegen der Menschen verstehen, wo notwendig unterstützen oder aber auch Gegenargumente gegen längst widerlegte Argumente liefern und zu einer Versachlichung der Debatte um den Stromnetzausbau beitragen. Germanwatch bringt sich zudem ein bei der Erarbeitung des offiziellen deutschen sowie des EU-Netzentwicklungsplans.

Germanwatch hat dabei mit seinen Partnern 2018 eine Nachbesserung des deutschen Netzentwicklungsplans erreicht, der nun erstmals in allen Szenarien das deutsche Klima-Minimalziel von 80% Treibhausgasenkung bis 2050 zur Vorgabe macht, allerdings noch nicht das eigentlich notwendige 95%-Reduktionsziel. Der EU-Netzentwicklungsplan für Strom und Gas ist noch wesentlich weniger

mit den Zielen des Paris-Abkommens kompatibel. Germanwatch bringt sich im Rahmen der Renewables Grid Initiative mit verschiedenen Aktivitäten zur Verbesserung der Situation ein. Die Renewables Grid Initiative (RGI) ist eine gemeinsame Initiative von europäischen NGOs und Übertragungsnetzbetreibern mit dem Ziel, den Um- und Ausbau der Stromnetze so voranzubringen, dass erneuerbare Energien schnellstmöglich integriert werden können.

## Verkehrswende

Ein wichtiger Grund, warum die Bundesrepublik ihr Klimaziel 2020 nicht erreichen wird, besteht darin, dass sie bei der Emissionsminderung im Verkehr seit 1990 immer noch nicht vorangekommen ist. Der jahrzehntelange politische Schutz der Autoindustrie droht nun wegen fehlender Innovationen nicht nur zum klimapolitischen, sondern auch zum industriepolitischen Desaster zu werden. Dazu kommt: Der nach dem Paris-Abkommen beschlossene Bundesverkehrswegeplan 2030 ignoriert als eines der größten Investitionsprogramme Deutschlands die klimapolitischen Vorgaben des Abkommens. Und die Emissionen des Flugverkehrs wachsen weiterhin schnell.

Germanwatch hat sich 2017/2018 u.a. dafür eingesetzt, dass im Rahmen des Klimaschutzplans 2050 beschlossene Sektorziel im Verkehr von minus 42 bis 40 Prozent Treibhausgasemissionen bis 2030 (gegenüber 1990) im Koalitionsvertrag abzusichern. Das ist gelungen. Nun geht es darum, dass dieses Ziel im angekündigten Klimaschutzgesetz verankert und umgesetzt wird. Ein besonderes Anliegen von Germanwatch ist dabei die Stärkung des Schienenverkehrs und anderer nachhaltiger Verkehrsträger. Germanwatch hat gemeinsam mit anderen deutschen Umweltverbänden intensiv für eine ambitioniertere Verkehrspolitik geworben und Vorschläge an Öffentlichkeit und Politik kommuniziert.

## Industrietransformation

Die deutsche Industrie ist im Vergleich mit anderen Ländern aufgrund ihrer Struktur besonders energieintensiv und setzt zwar gesunkene, aber bislang dennoch besonders hohe Treibhausgasmengen frei. Ihre vollständige Umstellung auf null Emissionen bis 2050 ist darum eine zwingend notwendige, aber auch anspruchsvolle Aufgabe, wenn es nicht zu einer Vertreibung, sondern zu einer Modernisierung der Industrie kommen soll. Bisher haben sich viele Akteure der energieintensiven Industrie vor allem durch ein Abbremsen der deutschen Klimapolitik – sei es des Ordnungsrechts, der ökologischen Steuerreform oder des EU-Emissionshandels – hervorgetan. Bei neuen Regeln für die Industrie war darum Deutschland EU-weit bis jetzt einer der wichtigsten Bremser. Doch das Klimaabkommen von Paris und der daraus resultierende deutsche Klimaschutzplan 2050 mit seinem Sektorziel für die Industrie bis 2030 haben in vielen Industrieunternehmen Diskussionsprozesse angestoßen. Germanwatch hat zu diesem Paradigmenwechsel in unzähligen Einzelgesprächen mit Industrievertretern und -verbänden, in größeren Gesprächsrunden sowie durch das Anregen von Statements aus der Industrie beigetragen.

Im Zusammenhang mit den Zielen des Pariser Abkommens werden gerade in Verbindung mit industriellen Prozessemissionen mit hoher Wahrscheinlichkeit Technologien in Anwendung kommen müssen, deren gesellschaftliche Akzeptanz noch nicht gesichert ist. Germanwatch hält nach dem derzeitigen Kenntnisstand die Technik CCS (CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung) für Deutschland, wenn überhaupt, nur im Bereich der Prozessemissionen (z.B. für die Herstellung von Stahl und Zement) für sinnvoll und notwendig. Vorzuziehen sind allerdings Substitutionen etwa von Stahl und Zement durch mit regenerativ gewonnenem Kohlenstoff erzeugten Kohlestofffasern. CCU (CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Nutzung) kann – etwa für die Herstellung von solchen Kohlestofffasern – eine wichtige Zukunftsoption werden. Germanwatch hat im Berichtszeitraum aktiv am wissenschaftlichen und politischen Diskurs um dieses Thema teilgenommen, u.a. bei acatech (Deutsche Akademie der Technikwissenschaften), im Dialog mit dem Verband der Chemischen Industrie (VCI), mit innovativen Start-Ups und weiteren Akteuren der Wissenschaft.

## **Die EU zur glaubwürdigen Antreiberin beim Klimaschutz machen – Klimapolitik als Integrationsanker stärken**

Deutschland ist für die EU-Klimapolitik traditionell Zünglein an der Waage. Ohne nachdrückliche Unterstützung aus Berlin sind klimapolitische Vorhaben in Brüssel kaum durchsetzbar. Wie sich Berlin positioniert, entscheidet damit auch maßgeblich über die Klimaambition in den anderen EU-Mitgliedsländern. Zudem gilt, dass eine ambitionierte EU-Klimapolitik die Legitimität der EU als Ganzes und die Zusammenarbeit im Staatenbündnis stärken kann. Doch in der EU ist Deutschland als Lokomotive für eine zukunftsgerichtete Klimapolitik mit dem Start der neuen Großen Koalition ausgefallen. Das enttäuscht klimapolitisch ambitionierte Länder wie Frankreich, die Niederlande oder Portugal, deren politische Initiativen für höhere Klimaziele der EU von Deutschland ausgebremst werden.

Germanwatch setzt sich daher dafür ein, dass die Bundesregierung gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten und den Institutionen in Brüssel aktiv ehrgeizigere Positionen vertritt. Beispiele im Berichtszeitraum sind die Reparatur des Emissionshandels und die nach Paris noch zwingender nötige Anhebung der EU-Emissionsziele für 2030 und 2050. So hat Germanwatch beispielsweise 2017/2018 zusammen mit Partnerorganisationen in Briefen an die Bundesregierung und in Medienkommentaren für eine Aufstockung der Klimaschutzmittel im EU-Haushalt, für mehr Ehrgeiz bei den EU-Zielen für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz und für den Ausbau der europäischen Eisenbahnverbindungen geworben.

### **EU-Klimaklage**

In immer größerer Zahl ziehen vom Klimawandel Betroffene vor Gericht, um Staaten und Großemittenten für konsequenten Klimaschutz und den Schutz ihrer Grundrechte in die Pflicht zu nehmen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass erstens überzeugende politische Antworten auf die sich immer drängender stellende Frage nach einem adäquaten Umgang mit Klimaschäden ausbleiben und dass sich zweitens die Faktenlage in Sachen Klimaschäden erheblich verbessert hat.

Germanwatch nimmt das Thema seit Ende 2017 verstärkt in den Blick und hat auf dem Klimagipfel 2017 in Bonn u.a. einen internationalen Workshop mit RechtsexpertInnen aus Wissenschaft und Praxis ausgerichtet.

In ausgewählten Fällen betreut und berät Germanwatch zudem KlägerInnen in ihrem Anliegen, ihre durch die Klimakrise gefährdeten Menschenrechte gegenüber Staaten oder Unternehmen zu schützen. Zuletzt sind wir in dieser Weise im sogenannten People's Climate Case aktiv geworden. In diesem Rechtsstreit fordern Familien aus unterschiedlichen Brennpunkten des Klimawandels sowie ein samischer Jugendverband aus Schweden erstmals gegenüber der EU eine wesentlich ambitioniertere Klimapolitik. Denn die gegenwärtige europäische Klimaschutzgesetzgebung, allen voran die Klimaschutzziele 2030, verstößt gegen höherrangiges Recht: Grundrechte auf Gesundheit, aber auch auf Gewerbe- und Eigentumsschutz werden durch die zu großzügige Zuteilung von Treibhausgasemissionsrechten verletzt, Menschen in Ländern des Globalen Südens diskriminiert und Kinder um ihre zukünftigen Lebenschancen gebracht. Die KlägerInnen fordern – unter Rekurs auf umfassende wissenschaftliche Untersuchungen – die EU dazu auf, ihr technisch machbares und ökonomisch verträgliches Treibhausgas-Reduktionspotenzial voll auszuschöpfen und ihre Klimaschutzgesetzgebung entsprechend anzupassen. Germanwatch setzt sich als Teil des internationalen Unterstützernetzwerks dafür ein, dass die berechtigten Forderungen der KlägerInnen vor Gericht und in der Öffentlichkeit Gehör finden.

## **Entwicklung einer strategischen französisch-deutschen Partnerschaft zur Stärkung der EU-Klimapolitik**

Der Wahlsieg von Emmanuel Macron bringt EU-politisch neue Dynamik für die Klimapolitik und stellt außerdem eine Chance für die Modernisierung und Stärkung der EU dar. Dabei war selten eine französische Regierung so germanophil und deutschsprachig, selten so offen für mehr Zusammenarbeit mit Deutschland. In dieser Lage hat Germanwatch 2017 die strategische Entscheidung getroffen, sich zusammen mit Partnern intensiv für die Einrichtung einer französisch-deutschen Klimapartnerschaft auf Regierungsebene zur Umsetzung der Pariser Klimaziele in den beiden Ländern und Europa einzusetzen.

Die Themen für die Gestaltung einer französisch-deutschen Klimapartnerschaft liegen auf der Hand: Frankreich und Deutschland sollten gemeinsam für Gesellschaft und Realwirtschaft die EU-Klimaziele anheben und einen investitionsrelevanten CO<sub>2</sub>-Preis für alle Sektoren einführen. Andererseits sollten sie die Tragödie des kurzen Horizonts des Finanzmarktes durch Verankerung entsprechender Berichts- und Sorgfaltspflichten angehen und auch die europäischen Investitionen so ausgestalten, dass ein wichtiger Teil dieser Investitionen die Dekarbonisierung vorantreibt und der Rest diese wenigstens nicht behindert. Bei der Entwicklung eines europaweit aufeinander abgestimmten Fernzugnetzes, beim Ausbau von Straßenbahnen und Radwegenetzen sollten Frankreich und Deutschland zusammenarbeiten und einen Rahmen setzen, der der Industrie eine ernsthafte Wende zu einer treibhausgasneutralen Kreislaufwirtschaft ermöglicht.

Um diese Chance zu nutzen, engagiert sich Germanwatch seit Anfang 2018 für eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit der französischen mit der deutschen Politik beim Thema Klimaschutz. Erste Erfolge konnten bereits erzielt werden. Im deutschen Koalitionsvertrag wird angekündigt, nun entschieden auf Frankreich zuzugehen.

Bezüglich der für Januar 2019 erwarteten Erneuerung des Élysée-Vertrags setzt sich Germanwatch sehr aktiv für die Verankerung eines ambitionierten Umwelt- und Klimaschutzkapitels ein. 1963 wurden in dem Vertrag in erster Linie der Frieden und seine Sicherung adressiert. In der nun geplanten Ergänzung heißen die besonders zu schützenden Geschwister des Friedens Umwelt und Klima. Für große Teile der Bevölkerungen beider Länder sind Frieden, Umwelt- und Klimaschutz zentrale Themen, die zudem nur gemeinsam mit Partnerländern bearbeitet werden können. Ein Umwelt- und Klimaschutzkapitel im Élysée-Vertrag kann so zum zukunftsweisenden Motivationsanker für die Zusammenarbeit der beiden Länder werden. Die Erneuerung des Vertrags bietet die Chance, die ambitionierte Umsetzung des wohl größten diplomatischen Erfolgs Frankreichs und möglicherweise der Europäischen Union in diesem Jahrzehnt, des Pariser Klimaabkommens, gemeinsam voranzutreiben.

Zusammen mit Partnern in Frankreich und Deutschland erarbeitet Germanwatch zudem Vorschläge für die konkrete Zusammenarbeit der beiden Länder und speist diese in die politischen Prozesse ein. Erste positive Ergebnisse gibt es bereits. So haben beide Regierungen beim Deutsch-Französischen Ministertreffen am 19. Juni 2018<sup>4</sup> eine intensivere strategische Zusammenarbeit in der Klimapolitik verabredet. Erste Schritte sind also gemacht, doch der größte Teil des Weges zu einer umfassenden Französisch-Deutschen Klimapartnerschaft – einer „Entente Climatique“ – liegt noch vor uns. Wir bleiben dran.

## **Dekarbonisierungs-Zusammenarbeit mit Mittelosteuropa**

Ohne verstärkte Kooperation und Solidarität zwischen Polen sowie anderen Staaten Mittelosteuropas auf der einen und west- sowie nordeuropäischen EU-Mitgliedern auf der anderen Seite wird eine

---

<sup>4</sup> <https://www.bundeskanzlerin.de/Content/EN/Pressemitteilungen/BPA/2018/2018-06-19-meseberg-declaration.html>

ehrzügigere EU-Klimapolitik schwer machbar sein. Insbesondere eine intensiviertere polnisch-deutsche Kooperation in Sachen Klimaschutz wäre in vielerlei Hinsicht wertvoll. So haben etwa beide Länder eine überholungsbedürftige Stromnetzinfrastruktur und ein gemeinsames Problem hoher Abhängigkeit von der Kohleverstromung. Germanwatch hat darum im Sommer 2018 ein Projekt gestartet, mit dem der Dialog zwischen Energiemarktakteuren beider Länder entlang gemeinsamer Themen, wie z.B. Stromnetzflexibilisierung, gestärkt werden soll.

## **Gemeinsame Klima- und Energiesicherheit im erweiterten Europa – für Frieden und Stabilität**

Angesichts der fragilen Situation in Teilen Nordafrikas, neuer Spannungen auf dem Balkan und des Konflikts in der Ukraine wird es aus unserer Sicht immer wichtiger, die Länder in der EU-Nachbarschaft bei der Entwicklung sozialer und wirtschaftlicher Perspektiven zu unterstützen, die einerseits stabilisierend wirken und andererseits in die klimaneutrale Wirtschaft der Zukunft investieren. Das gilt auch mit Bezug zu Deutschlands wichtigstem Energielieferanten Russland.

Germanwatch entwickelt gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partnern in den betreffenden Ländern Vorschläge, wie die Grundlagen für strategischere Dekarbonisierungs- und Entwicklungskooperationen zwischen diesen Ländern und Deutschland/der EU zu verbessern sind. So arbeiten wir mit ukrainischen Partnern daran, eine Niedrigemissions-Entwicklungsperspektive für die derzeit noch von Kohle abhängige Konfliktregion Donbass voranzutreiben. Russische und ukrainische JournalistInnen bekommen neben einem besseren Verständnis der jeweils anderen Seite im aktuellen Konflikt auf von Germanwatch organisierten Reisen in die deutsche Energiewende neue Einsichten in Möglichkeiten für einen Strukturwandel weg von der Kohle. In einem anderen Projekt geht es um eine aktivere Zusammenarbeit zwischen Kosovo und Deutschland zum Aufbau von Alternativen für ein großes neues Braunkohlekraftwerk im Kosovo, dessen Errichtung heiß diskutiert wird.

Germanwatch leistet einen pro-aktiven Beitrag zu Entwicklungsperspektiven der betroffenen Menschen in Kohleregionen, zur Stärkung von NGOs und pluralistischem Mediendiskurs und zur Entspannung von politischen Konflikten in den Regionen. Kosovo, die Ukraine und Russland sind stark von der Kohleförderung und -nutzung geprägt und schauen angesichts des debattierten Kohleausstiegs in Deutschland derzeit besonders interessiert auf die Entwicklung hier.

Für eine erfolgreiche Dekarbonisierung in den weniger finanzstarken Teilen der EU und ihren Anrainerstaaten ist es besonders wichtig zu zeigen, dass Energiewenden und ein gerechter Strukturwandel auch in solchen Ländern möglich sind und neue Perspektiven eröffnen. Germanwatch zeigt deshalb mit seinen Partnern gesellschaftliche und wirtschaftliche Perspektiven „nach der Kohle“ auf.

Mit diesen Projekten leisten Germanwatch und seine Partner Beiträge zur Stärkung von wirtschaftlichen und sozialen Grundrechten sowie Freiheitsrechten, konkret:

- Recht auf Arbeit und angemessene Entlohnung (wirtschaftliche Perspektiven für Regionen im Strukturwandel und die betroffenen Berufsgruppen)
- Recht auf soziale Sicherheit (sozial abgefederter Kohleausstieg)
- Meinungsfreiheit (Stärkung des öffentlichen Diskurses zum Kohleausstieg)
- Recht auf Gesundheit (Ausstieg aus der umwelt- und gesundheitsschädlichen Kohleförderung und -verarbeitung)

## Koalitionen für eine sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Transformation stärken

### Kooperation mit Unternehmen

Getreu unserm Motto „Kooperation wo möglich, Konfrontation wo nötig“ kooperiert Germanwatch mit für die Klimatransformation relevanten Einzelunternehmen und Wirtschaftsverbänden – allerdings ohne in diesem Kontext Geld oder andere materielle Leistungen von Unternehmen zu akzeptieren. Außerdem endet diese Kooperation, wenn diese Partner nicht zumindest wichtige Aspekte der Transformation erkennbar konstruktiv voranbringen wollen.

In einer von Germanwatch, der Unternehmensstiftung 2° und B.A.U.M. e.V. koordinierten Unternehmenserklärung haben sich während der Sondierungsgespräche nach den Bundestagswahlen 2017 52 führende Unternehmen und Unternehmensverbände aus einer großen Bandbreite von Branchen in einer gemeinsamen Erklärung an die nächste Bundesregierung für eine erhebliche Ambitionssteigerung bei der Klimapolitik stark gemacht. Dutzende große und mittelständische Unternehmen haben die Erklärung genutzt, um sich proaktiver zu den Pariser Klimazielen aufzustellen. In einem regelmäßigen Dialog mit der Allianz diskutiert Germanwatch auch Details der sich in weiterer Entwicklung befindlichen Klimastrategie – in Bezug auf Investitionen und Versicherungsleistungen zunächst bezüglich des Kohlesektors und dann auch anderer Sektoren. Mit dem VCI haben wir uns auf einen ergebnisoffenen Dialog dazu eingelassen, wie eine treibhausgasneutrale Entwicklung bis Mitte des Jahrhunderts für den Chemiesektor aussehen könnte.

### Zivilgesellschaftliche Allianzen

Germanwatch hat auch in diesem Berichtszeitraum mit viel Einsatz die Koordinierung der Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa in Bündnissen unterstützt, wie z. B. in der Klima-Allianz mit ihren 120 Mitgliedsorganisationen (Germanwatch als Mitglied im Steuerungskreis), beim deutschen Dachverband Deutscher Naturschutzring oder beim europäischen Dachverband Climate Action Network Europe. Des Weiteren steht Germanwatch im intensiven Dialog mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Kirchen, um gemeinsam die Chancen und Risiken von – und wo möglich auch Strategien zu – Energiewende und Dekarbonisierung zu diskutieren.



Germanwatch mit JournalistInnen aus den Kohlerevieren Donbass (Ukraine) u. Kuzbass (Russland) in Ibbenbüren, einer der letzten beiden Kohlezechen Deutschlands. Februar 2018 – Foto: Oldag Caspar

## Ausblick

Die angelaufene Legislaturperiode entscheidet bereits maßgeblich, ob Deutschland sein Emissionsziel für 2030 von möglichst mehr als 55 % Emissionssenkung im Vergleich zu 1990 erreichen kann. Ob das gelingen kann wird deutlich, sobald das Maßnahmenpaket zur Erreichung der im Klimaschutzplan 2050 festgehaltenen Sektorziele beschlossen, das im Koalitionsvertrag angekündigte Klimaschutzgesetz verabschiedet und die Kohleausstiegs- und Strukturwandelkommission sowie die Verkehrskommission ihre Ergebnisse vorgelegt haben. Germanwatch wird sich in all diesen Prozessen mit viel Energie einbringen. Neben dem schrittweisen und an den Menschenrechten ausgerichteten Ausstieg aus der Kohle wird es 2019 verstärkt um die Einleitung einer echten Verkehrswende und um ein „Upcycling“, die Umwandlung der deutschen und europäischen Schwerindustrie in eine Kreislaufwirtschaft, gehen. Die Flexibilisierung der Stromnetze bleibt dabei weiter hoch auf der Germanwatch-Agenda.

Auch wenn ein CO<sub>2</sub>-Preis keineswegs „die“ Lösung für all diese Herausforderungen ist, so ist doch auch klar, dass es ohne einen investitionsrelevanten CO<sub>2</sub>-Preis in den verschiedenen Sektoren keine ausreichende Umsetzung der Klimaziele geben wird. Hier hoffen wir bis Ende nächsten Jahres auf Fortschritte in Deutschland und bei EU-Vorreiterstaaten.

Nur mit schnellen Fortschritten wird Deutschland international wieder als Vorreiter beim Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Treibhausgasneutralität wahrgenommen und kann wieder Lokomotive auch für andere Staaten und nicht Bremsklotz am Bein der ambitionierteren EU-Staaten für eine EU-Klimapolitik sein, die sich an den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichtet. Germanwatch wird mit Verve weiter daran arbeiten, dass die französisch-deutsche Entente Climatique einerseits Deutschland und Frankreich hilft, ihre Transformationen zur Treibhausgasneutralität beschleunigen zu können und andererseits aktiv zur Stärkung der EU-Klimapolitik beiträgt. Mehr von Germanwatch angestoßene Kooperation mit Polen und weiteren EU-Staaten soll dafür zusätzlichen Raum schaffen.

Gleichzeitig wird das Germanwatch-Team sich weiter einbringen, um Deutschlands Zusammenarbeit mit Ländern im Umfeld der EU zur Erreichung von Treibhausgasneutralität voranzubringen. Der Fokus wird dabei in den kommenden Jahren weiter auf dem Westbalkan, der Ukraine und Russland liegen. Damit wollen wir auch einen Beitrag zu mehr Sicherheit und Zusammenarbeit im erweiterten Europa und zur Einhaltung der in Konflikten besonders gefährdeten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte leisten.



## MitarbeiterInnen

 <b>Oldag Caspar</b> Teamleiter	 <b>Kai Bergmann</b> (seit 11/2017) Referent für deutsche Klimapolitik	 <b>Caterina Freytag</b> (seit 10/2017) Referentin für Klimaschutzklagen
 <b>Linus Herzig</b> (seit 08/2018) Referent für CO <sub>2</sub> -Preise	 <b>Franziska Marten</b> Referentin Klimaschutz-Index	 <b>Audrey Matieu</b> (seit 03/2018) Referentin für Deutsch-Französische und EU-Klimapolitik
 <b>Urszula Papajak</b> (seit 06/2018) Referentin für Partnerschaften Mittelosteuropa	 <b>Dr. Eva Schmid</b> Referentin für Stromnetze und Klimapolitik	 <b>Martin Schön-Chanishvili</b> (seit 11/2017) Referent für Partnerschaften Ost- und Südosteuropa
 <b>Dr. Manfred Treber</b> Referent für Klima- und Verkehr	 <b>Tobias Pforte-von Randow</b> (bis 12/2017) Referent für Klima und Arbeit	 <b>Hendrik Zimmermann</b> Referent für Energiewende und Geschäftsmodelle

**PraktikantInnen im Berichtszeitraum:** Carla Gams, Richard Hohenstein, Janna Hoppe, Paul Emanuel Kalle, Irina Kohl, Katinka Reichardt, Mareike Willems

**Verantwortlich seitens des Vorstands:** Prof. Dr. Reinhard Loske, Ingmar Jürgens, Silvie Kreibiehl

## Internationale Klimapolitik

Die globale Klimakrise ist heute schon Realität. Ihre Auswirkungen gefährden die Stabilität ganzer Weltregionen. Die zunehmende Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen bedroht Menschenrechte, zum Beispiel das Recht auf Wasser, das Recht auf Ernährung, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Leben. Am stärksten trifft es die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen, überall, aber besonders in Entwicklungsländern – also die Menschen, die am wenigsten zur Verursachung der Klimakrise beigetragen haben.

Ziel von Germanwatch ist eine internationale Klimapolitik, die den globalen Klimawandel auf ein bewältigbares Maß begrenzt und angemessene Antworten auf die nicht mehr vermeidbaren Folgen der Klimakrise sicherstellt. Dabei setzen wir uns für menschenrechtsbasierte Ansätze ein. Das bedeutet einerseits, dass ausreichend Klimaschutz notwendig ist, damit die Menschenrechte der Betroffenen geschützt werden können, und dass bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen Menschenrechte zu achten sind, etwa die Landrechte der lokalen Bevölkerung bei Erneuerbare-Energien-Großprojekten. Außerdem heißt es, dass bei Strategien zur Anpassung und zum Klimarisikomanagement die Menschen, deren Menschenrechte gefährdet sind, identifiziert und an den Planungen beteiligt werden sowie Beschwerderechte erhalten müssen.

Das Erstarren des Rechtspopulismus und Nationalismus in verschiedenen Teilen der Welt stellt die globale Klimapolitik vor neue Herausforderungen. Dem Verschließen der Augen vor globalen Krisen und dem Versuch eines Rückzugs ins Nationale setzen wir den Aufruf zu multilateraler Kooperation entgegen. Gerade der Klimawandel ist eine globale Krise, die sich nur mit globaler Zusammenarbeit und Solidarität lösen lässt. Bei den Verhandlungen im Rahmen des UN-Klimagipfels (COP 23) im November 2017 und den Zwischenverhandlungen in Bonn im Mai 2018, aber auch in der Vorbereitung des G7-Gipfels im Mai 2018 in Kanada, ging es darum, die internationale Staatengemeinschaft weiter darauf zu verpflichten, das Pariser Abkommen auch ohne die US-Regierung unter Präsident Trump umzusetzen. Bei allen drei Gelegenheiten ist dies erneut gelungen. Doch damit ist die Herausforderung noch nicht gelöst. Eine angemessene Antwort auf die Klimakrise erfordert weltweit einen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaften – eine große Transformation. Diese muss rasch erfolgen – bis 2050 muss der Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas gelungen sein – und sich an Menschenrechten orientieren. Es gilt, die Chancen, Risiken und Kosten der Transformation international und innerhalb der Länder gerecht zu verteilen und Entwicklungschancen und neuen Wohlstand zu schaffen, insbesondere für diejenigen, die bisher nicht von unserem globalisierten Wirtschaftsmodell profitiert haben. Die Transformation muss auch so organisiert werden, dass sie neue Möglichkeiten für Menschen und Regionen schafft, die bislang von der fossilen Industrie profitiert haben. Dieses Thema des gerechten Strukturwandels („Just Transition“) gewinnt – wie in Deutschland – auch in der internationalen Klimadebatte an Bedeutung.

Einen besonderen Schwerpunkt der Arbeit des Teams internationale Klimapolitik bildete der Klimagipfel COP 23, der im November 2017 unter Leitung der Fidschi-Inseln in Bonn stattfand, ein „Heimspiel“ für Germanwatch. Wir begleiteten den Gipfel daher noch intensiver als gewohnt, beispielsweise gehörten wir zu den Initiatoren einer im Zusammenschluss deutscher NGOs organisierten Klimademo „KLIMA SCHÜTZEN – KOHLE STOPPEN!“ am 4. November 2017 mit etwa 25.000 Teilnehmern – der bislang größten Demonstration für den Klimaschutz in Deutschland.

Themen der COP 23 waren die Entwicklung von Umsetzungsregeln für das Pariser Abkommen und der Startschuss für eine Verschärfung der nationalen 2030-Klimaziele. Außerdem wurde darüber verhandelt, wie bereits vor 2020 mehr Klimaschutz und ausreichende Klimafinanzierung vor allem durch die reichen Länder organisiert werden kann. Denn keiner der großen Staaten tut bislang genug, um die Klimakrise zu begrenzen und deren Folgen zu bewältigen, auch Deutschland erreicht nicht einmal seine angekündigten Ziele. Immer wichtiger neben den Verhandlungen in der Klimarahmenkonvention UNFCCC wird daher die Frage, wie Versprechen tatsächlich vor Ort in einzelnen

Ländern umgesetzt werden. Um in diesem Kontext erfolgreich zu sein, ist die enge vertrauensvolle Abstimmung in Netzwerken wichtiger Bestandteil der Germanwatch-Arbeit zur internationalen Klimapolitik, insbesondere im Climate Action Network (CAN) und International Climate Policy Hub (ICP Hub, ehemals Climate Briefing Service) auf internationaler Ebene sowie in der Klima-Allianz, Transform, dem DNR und dem Verband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (VENRO) in Deutschland.



MitarbeiterInnen und UnterstützerInnen von Germanwatch auf der Demo „KLIMA SCHÜTZEN – KOHLE STOP-PEN!“ in Bonn am 4. November 2017

Foto: Germanwatch

## Regeln und Institutionen für den Umgang mit Klimafolgen

Ein Ziel des Teams Internationale Klimapolitik ist es, dass bis 2020 die internationalen Regeln und Institutionen geschaffen sind, die gute Anpassung und einen angemessenen Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten im Sinne des Schutzes der Menschenrechte der Verletzlichsten ermöglichen können. Dazu gehört einerseits die Ausgestaltung der entsprechenden UNFCCC-Mechanismen und andererseits die Erprobung von konkreten Ansätzen, mit Schäden und Verlusten umzugehen: Auf Klimarisiken bezogene Versicherungslösungen können Teil einer vorausschauenden Lösung sein, während Klimaklagen mithelfen können, die Hauptverursacher von klimabedingten Schäden zur Verantwortung zu ziehen und den Druck in Richtung Klimaschutz und Unterstützung von Anpassung sowie bei Schäden zu vergrößern.

### Begleitung der UNFCCC-Prozesse zu Anpassung und zu „Loss and Damage“

Germanwatch hat die Verhandlungen zu den Themen Anpassung (Adaptation) und unvermeidbare Klimaschäden und -verluste (Loss and Damage) bei der COP 23 und den Zwischenverhandlungen im Mai intensiv begleitet. Dabei stand die Entwicklung von Umsetzungsregeln für das Pariser Abkommen im Mittelpunkt, unter anderem zur Form und Inhalt der Berichte über Anpassung. Germanwatch begleitete außerdem die Sitzungen des Internationalen Warschau-Mechanismus zu Schäden und Verlusten (WIM) sowie des Anpassungskomitees (AC) durch Briefing- und Auswertungspapiere. Des Weiteren zeigte Germanwatch in einer Studie auf, wie das steigende Prozessrisiko durch Klimaklagen für Unternehmen insbesondere aus der fossilen Energiebranche den politischen Druck für angemessene Lösungen zum Umgang mit Schäden und Verlusten erhöht. Während der COP23

wurde zudem die neueste Ausgabe des Germanwatch Klima-Risiko-Indexes (KRI) vorgestellt, die u.a. zeigt, dass Entwicklungsländer am stärksten unter den Folgen von Extremwetterereignissen leiden – im aktuellen KRI sind dies Haiti, Zimbabwe und Fidschi.

### **Kritisch-konstruktive Begleitung der Initiativen für Klimarisikoversicherungen**

Germanwatch setzt sich dafür ein, dass klimabezogene Versicherungsinstrumente als Teil einer umfassenden Strategie zum Risikomanagement eine Rolle im Schutz von besonders durch Klimawandelfolgen betroffenen Menschen und Ländern spielen. Mit dem Ziel, bis zum Jahr 2020 400 Millionen arme Menschen in Entwicklungsländern mit Versicherungsschutz gegen Klimarisiken abzudecken, beschlossen die G7-Staaten im Juni 2015 die InsuResilience Initiative. Die Erfahrung zeigt, dass die ärmsten Menschen ohne regelmäßiges Einkommen in aller Regel nur von öffentlich-privaten Versicherungslösungen profitieren können, da sie sich die Prämien sonst nicht leisten können. Im Rahmen des G20-Gipfels 2017 in Hamburg wurde dann ergänzend eine „Globale Partnerschaft für Finanzierungs- und Versicherungslösungen für Klima- und Katastrophenrisiken“ (InsuResilience Global Partnership) beschlossen. Germanwatch begleitet diese Initiativen seit 2015 kritisch und konstruktiv. Germanwatch setzt sich im Rahmen einer Kooperation mit der Munich Climate Insurance Initiative durch Studien und Dialogveranstaltungen insbesondere dafür ein, dass in den Versicherungsinitiativen tatsächlich die Rechte und Absicherung der Ärmsten und Verletzlichsten verbessert werden, dass Rahmensetzungen entstehen, die Anreize für Vorsorge geben und dass die Verursacher einen fairen Anteil zur Lösung der Probleme beitragen. Ein besonderes Anliegen ist dabei die Orientierung an den Menschenrechten.

### **Der Fall Huaraz**

Saúl Luciano Lliuya – Andenbauer und Bergführer aus Peru – klagt gegen den Energiekonzern RWE, der als Europas größter CO<sub>2</sub>-Emittent mitverantwortlich für den Klimawandel und seine Folgen ist. Denn seiner Heimatstadt Huaraz droht durch die klimawandelbedingte Gletscherschmelze oberhalb des Orts eine verheerende Flutkatastrophe. Da RWE historisch etwa 0,5 % der seit Beginn der Industrialisierung freigesetzten Treibhausgase verursacht hat, soll RWE auch ein halbes Prozent der Kosten der notwendigen Schutzmaßnahmen bezahlen. In erster Instanz hatte das Landgericht Essen im Dezember 2016 zwar aus Rechtsgründen einen Schutzanspruch verneint. Doch das Oberlandesgericht Hamm verwarf im November 2017 nach einer Berufung des Klägers im Wesentlichen das erstinstanzliche Urteil und ordnete den Einstieg in die Beweisaufnahme an. Damit hat erstmals weltweit ein Gericht im Prinzip bejaht, dass ein privates Unternehmen für seine Mitverursachung von klimawandelbedingten Schäden verantwortlich gemacht werden könnte. Momentan wartet der Kläger auf die Beauftragung von Sachverständigen durch das Gericht. Für Saúl Luciano Lliuyas Anwalts- und Gerichtskosten kommt die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit durch Spendengelder auf. Germanwatch unterstützt sein Anliegen unter anderem durch Beratung, Expertise sowie Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit.

### **Angemessener Umgang mit klimabedingter Migration und Vertreibung**

Der globale Klimawandel verstärkt Krisen und Konflikte weltweit und kann auch dazu beitragen, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Für klimabedingte Migration und Vertreibung besteht bislang eine rechtliche „Schutzlücke“, da weder geklärt ist, welchen Status die betroffenen Menschen haben, noch wie sie unterstützt werden. Germanwatch hat u.a. einen Beitrag zur Positionierung der Mitgliedsorganisationen von VENRO und der Klima-Allianz zu dieser Frage geleistet, zu einem internationalen Fachgespräch zu Migration beigetragen und in einem gemeinsamen Positionspapier Forderungen an die Bundesregierung formuliert. Zusätzlich werden relevante Prozesse, wie die Arbeitsgruppe zu klimabedingter Vertreibung des WIM der UNFCCC sowie der „Global Compact on Migration“, begleitet.

## **Internationale Anreize zur Erhöhung der Klimaziele und für 2050-Klimapläne**

Ein weiteres Ziel des Teams Internationale Klimapolitik ist es, dass bis 2020 auf internationaler Ebene die Institutionen und Anreize geschaffen sind, die dazu führen, dass Staaten spätestens zu diesem Zeitpunkt und von da an regelmäßig ihre Klimaziele verbessern und 2050-Strategien für die rasche, umfassende und gerechte Transformation erarbeiten. Dazu gehören auch Rahmenbedingungen, die – wie in Paris vereinbart – globale Finanzflüsse entsprechend umlenken. Nur so lässt sich die Lücke zwischen den jetzigen Klimazielen, die zu einer Erwärmung von rund 3°C führen würden, und der Vorgabe aus Paris schließen, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C, möglichst sogar 1,5°C zu begrenzen.

### **Begleitung der UNFCCC-Verhandlungen zum Ambitionsmechanismus**

Im Paris-Abkommen ist ein Ambitionsmechanismus vorgesehen, der gewährleisten soll, dass die Länder ihre Klimaschutzziele regelmäßig und ausreichend erhöhen. Die erste Zielerhöhungsrunde begann im Jahr 2018 und soll bis 2020 abgeschlossen sein; gleichzeitig bereitet auch der Weltklimarat (IPCC) einen Sonderbericht zum 1,5°C-Ziel vor, der im Oktober 2018 erscheinen wird. Germanwatch-MitarbeiterInnen begleiteten in den vergangenen zwölf Monaten die Verhandlungen zu den verschiedenen Bestandteilen dieses Ambitionsmechanismus intensiv, zum Teil auch in der Rolle als Ko-KoordinatorInnen der zuständigen internationalen NGO-Arbeitsgruppe des Climate Action Network (CAN). Mit schriftlichen Eingaben und Lobbyarbeit während der Verhandlungsrunden sowie mit der Teilnahme an Plenarsitzungen des Weltklimarates IPCC und der Begutachtung von dessen Berichtsentwürfen setzten wir uns dafür ein, dass dabei die Anreize für ambitioniertere Klimaziele möglichst stark werden.

### **Klimaschutz-Index, Climate Transparency und Allianz Monitor**

Öffentlicher Druck kann dazu beitragen, dass Länder ihre Klimapolitik verbessern. Dabei helfen Ländervergleichsstudien wie der seit Jahren in der internationalen Presse stark beachtete Germanwatch Klimaschutz-Index (KSI), der die Glaubwürdigkeit der Klimaschutzversprechen von 60 Ländern öffentlichkeitswirksam bewertet und dokumentiert. 2017 wurde die Methodik des KSI weiterentwickelt. Der Index misst nun neben vergangenen und momentanen Anstrengungen im Klimaschutz auch, ob die gesetzten Klimaziele der einzelnen Länder mit der globalen Temperatur-Obergrenze von deutlich unter 2 °C bzw. 1,5 °C vereinbar sind. Germanwatch ist außerdem Teil des Konsortiums Climate Transparency, das im vergangenen Jahr zum dritten Mal den „Brown to Green Report“ veröffentlicht hat, der anhand rund 60 verschiedener Indikatoren den weltweit umfassendsten Überblick über den Stand der Klimapolitik in den G20-Staaten gibt. Eine weitere erschienene Publikation, an der Germanwatch maßgeblich beteiligt war, ist der Allianz Klima- und Energiemonitor, der in einem Ranking die benötigten Investitionen und die Investitionsbedingungen für Erneuerbare Energien in den G20-Ländern vergleicht.

### **Klimapolitische Agenda bei G7 und G20**

Der kanadische G7- und argentinische G20-Vorsitz stehen 2018 vor der schwierigen Aufgabe, trotz des Widerstands der USA Fortschritte beim Klimathema zu erreichen. Germanwatch ist der Ansicht, dass die G7- und G20-Staaten nicht aus der Verantwortung entlassen werden dürfen, da sie als größte Volkswirtschaften den Großteil der Treibhausgasemissionen freisetzen und auch als wirtschaftsstarke Nationen eine besondere Verantwortung für die Umsetzung der Pariser Abkommen tragen. Wir setzen uns daher mit unseren internationalen Netzwerkpartnern dafür ein, dass unter anderem ein klares Bekenntnis zum Pariser Abkommen, eine Verpflichtung zur Entwicklung von Dekarbonisierungsplänen bis 2050 kombiniert mit einem entsprechenden CO<sub>2</sub>-Preis oder Fortschritte

beim Subventionsabbau für fossile Energieträger vereinbart werden. Beim G7-Gipfel in Kanada im Mai ist dies nur teilweise gelungen. Als nächste größere Gelegenheiten stehen ein G7-Umweltministertreffen im September sowie der G20-Gipfel im November direkt vor dem nächsten Klimagipfel an.

Die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit hat eine wichtige Rolle dabei gespielt, eine neue Plattform deutscher und internationaler Stiftungen aus G20-Ländern zusammenzubringen, die unter dem Namen F20 (Foundations 20) gegenüber der G20 als Ganzes sowie in den jeweiligen G20-Ländern Strategien für die Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele und der Klimaziele von Paris unterstützt ([www.foundations-20.org](http://www.foundations-20.org)). Ein Schwerpunkt der Aktivitäten ist derzeit das Engagement für das Umschichten der Finanzströme in den wichtigsten Volkswirtschaften der Welt im Sinne dieser Ziele. Germanwatch hat den Prozess der Etablierung und Strategieentwicklung von F20 regelmäßig mit Expertise unterstützt.

## **Harmonisierung aller Finanzflüsse mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens**

Das Pariser Klimaabkommen enthält in Artikel 2.1c die Vorgabe, alle globalen Finanzflüsse mit den Klimazielen in Einklang zu bringen. Auf internationaler Ebene verfolgt Germanwatch dazu die Entwicklungen im Rahmen der UNFCCC, wo es für Artikel 2.1c zwar kein explizites Verhandlungsmandat gibt, aber erste Ansatzpunkte zu einer Berücksichtigung aller Finanzflüsse in Berichts- und Überprüfungsmechanismen. Auf europäischer Ebene arbeitet Germanwatch zusammen mit NGOs in Brüssel und Berlin daran, die Initiativen der EU für ein nachhaltiges Finanzwesen so auszugestalten, dass sie tatsächlich der Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele dienen und nicht nur eine grüne Nische im Finanzmarkt stärken. Auf nationaler Ebene koordiniert Germanwatch eine NGO-Arbeitsgruppe, die sich dafür einsetzt, Maßnahmen zur klimafreundlichen Ausrichtung des Finanzwesens als Querschnittssektor im Klimaschutzplan und Maßnahmenprogramm 2030 zu verankern.

Außerdem entwickelte Germanwatch als Teil eines größeren Konsortiums im Rahmen eines Forschungsprojektes des Umweltbundesamtes Politikempfehlungen zur Abschätzung und Begrenzung von Klimarisiken (sogenannte „Carbon Bubble“) im deutschen Finanzmarkt.

Multilaterale Entwicklungsbanken (MDBs) können bei der erforderlichen Umlenkung der Finanzflüsse eine Schlüsselrolle spielen. Germanwatch untersucht derzeit im Konsortium mit dem World Resources Institute, dem NewClimate Institute und Fundación Avina in einer Studie die Rolle der multilateralen Entwicklungsbanken für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Die Studie wird unter anderem Empfehlungen enthalten, wie alle Investitionen Paris-kompatibel gemacht werden können und soll bei der Jahrestagung der Weltbank im Oktober 2018 und der COP 24 im Dezember vorgestellt werden. Außerdem sollen die Ergebnisse in den G20-Prozess einfließen. Besonders aufmerksam beobachtet Germanwatch auch die Arbeit der 2015 gegründeten Asian Infrastructure Investment Bank, die mit ihrem Fokus auf Infrastrukturinvestitionen im asiatischen Raum eine besondere Relevanz für das Erreichen der Klimaziele hat. Zusammen mit Partnern aus Geber- und Nehmerländern der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank AIIB (Indien, Russland, China, Bangladesch) erarbeitet Germanwatch eine Strategie, wie die Bank klimafreundlich ausgerichtet werden kann.

## **Internationale öffentliche Klimafinanzierung**

Klimafinanzierung ist eine wichtige Grundlage, um die Handlungsfähigkeit für Klimaschutz und Anpassung in den ärmeren Ländern zu erhöhen. Das Team Internationale Klimapolitik hat sich daher als ein weiteres Ziel gesetzt, dass 2020 die internationale öffentliche Klimafinanzierung so organisiert ist, dass alle qualitativ guten Vorhaben in Entwicklungsländern finanziert werden, welche die

Verletzlichsten beim Umgang mit Klimafolgen unterstützen und/oder die notwendige Transformation voranbringen und dafür internationale öffentliche Finanzierung benötigen. Ziel ist, dass sowohl ambitioniertere Vorhaben zu mehr Finanzierung als auch mehr Finanzierung zu ambitionierteren Vorhaben führen. Neben der eigenen Lobbyarbeit bei den Klimaverhandlungen und der Beobachtung und Bewertung der deutschen Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung, u. a. über die Website [www.deutscheklimafinanzierung.de](http://www.deutscheklimafinanzierung.de), setzt Germanwatch auf die Stärkung der Akteure, die sich dafür einsetzen können, dass die Finanzmechanismen ambitioniert ausgestaltet und gute Projekte umgesetzt werden. Das sind zum Beispiel die KlimaverhandlerInnen und Nichtregierungsorganisationen der ärmsten Länder.

### **Zivilgesellschaftliche Begleitung des Anpassungsfonds**

Der durch das Kyoto-Protokoll initiierte Anpassungsfonds der Vereinten Nationen unterstützt gezielt konkrete Projekte in Entwicklungsländern. Germanwatch setzt sich dafür ein, dem Fonds unter dem Paris-Abkommen eine langfristige Zukunft zu sichern und begleitet die UNFCCC-Verhandlungen zu dieser Frage. Germanwatch hat vor über sechs Jahren das Anpassungsfonds-NGO-Netzwerk (AFN) angestoßen und koordiniert das Netzwerk. Gemeinsam mit den Partner-NGOs aus verschiedenen Ländern, in denen der Fonds Projekte finanziert, setzen wir uns beispielsweise für die Einbindung der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen in die Planung und Durchführung von Anpassungsprojekten ein. Durch die Zusammenarbeit mit ausgewählten lokalen Partner-NGOs bemüht sich Germanwatch, die Lücke zwischen kleinen zivilgesellschaftlichen Organisationen und größeren Institutionen, die im Bereich Anpassungsfinanzierung auf nationaler und internationaler Politikebene arbeiten, zu schließen und den Informationsfluss zwischen diesen beiden Ebenen zu sichern.

### **Stärkung der afrikanischen Zivilgesellschaft zur Begleitung des Grünen Klimafonds**

Der Grüne Klimafond (GCF) soll der wichtigste Fonds in der globalen Klimafinanzarchitektur werden und die Umsetzung der ersten GCF-finanzierten Projekte hat begonnen. Germanwatch setzt sich dafür ein, das Engagement der afrikanischen Zivilgesellschaft im Fonds zu stärken. Dazu unterstützen wir gemeinsam mit der Hilfsorganisation CARE Partnerorganisationen aus Ghana, Marokko, Malawi, Kenia und Senegal dabei, sich vor Ort in die Entwicklung und Umsetzung von GCF-Projekten einzumischen und ihre Erfahrungen mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen zu teilen.

### **Unterstützung für VertreterInnen der Entwicklungsländer im Grünen Klimafonds und anderen Gremien zur Klimafinanzierung**

Im Rahmen unserer internationalen Beratungsarbeit konnten wir durch stetige Begleitung und Unterstützung von VertreterInnen der am wenigsten entwickelten Länder im Direktorium des GCF und des Ständigen Ausschusses für Finanzierung (Standing Committee on Finance, SCF) der UNFCCC zu einem technischen Kapazitätsaufbau beitragen. Wir haben für unsere Partner (z. B. aus Bhutan, Malawi, Burkina Faso und Mali) Hintergrundanalysen und Lösungsvorschläge für besonders kritische Entscheidungen erarbeitet und darauf aufbauende politische und technische Empfehlungen formuliert. Die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern ermöglichte es Germanwatch so, wichtige Aspekte in die Debatten z. B. bei der Ausgestaltung des GCF-Regelwerks einzubringen.

## **Wirksame und partizipative transformative Partnerschaften**

Um die erforderliche Transformation für Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu erreichen, sind neuartige internationale Partnerschaften entscheidend. Das Team Internationale Klimapolitik möchte bis

2020 erreichen, dass die Bundesregierung und andere deutsche Akteure vermehrt mit internationalen Partnern in solchen wirksamen und partizipativen transformativen Partnerschaften zusammenarbeiten, um Resilienz und Dekarbonisierung in den Partnerregionen und in Deutschland voranzubringen.

### **Klimapolitische Zivilgesellschaft in der MENA-Region stärken**

Germanwatch arbeitet seit mehreren Jahren mit Gruppen aus dem Nahen Osten und Nordafrika (Middle East and North Africa, MENA) zusammen. Diese Region in unmittelbarer Nachbarschaft Europas ist besonders vom Klimawandel betroffen, was bestehende Konflikte und Instabilitäten erhöht. In der Region ist das Potential für Erneuerbare Energien enorm; eine Transformation zu klimafreundlicher Entwicklung kann neue Entwicklungschancen schaffen. Germanwatch hat ein Projekt in Algerien abgeschlossen, das gemeinsam mit NGOs Bildungsmaterialien entwickelte, um Jugendliche und junge Erwachsene über den Klimawandel aufzuklären. Germanwatch hat zudem einen Sommerkurs „Energie“ in Marokko und Workshops zu Energiepolitik für junge Erwachsene in Jordanien veranstaltet. Ziel ist es, Akteure aus der Zivilgesellschaft zu stärken, so dass sie sich in politische Debatten über Energie- und Klimapolitik in der Region einbringen können.

### **Klima-Risiko-Versicherungen in Kenia**

Um sicherzustellen, dass Klimarisikoversicherungen als relativ neues Instrument wirklich auf die am stärksten gefährdeten Menschen ausgerichtet sind, sollten sie menschenrechtsbasiert gestaltet werden. Dies beinhaltet die Notwendigkeit, einen Schwerpunkt auf die Unterstützung von armen und etwa in ihrem Recht auf Wasser, Ernährung oder Gesundheit bedrohten Menschen zu legen und die Betroffenen und Gemeinschaften an der Planung der entsprechenden Maßnahmen zu beteiligen. Um einen solchen Ansatz zu stärken, baut Transparency International in Kenia mit der Unterstützung von Germanwatch eine Multi-Akteurs-Partnerschaft (MAP) zu Klimarisikoversicherungen auf. Die Kapazitäten der Schlüsselakteure – insbesondere der Zivilgesellschaft – werden gestärkt, um sie in die Lage zu versetzen, Chancen und Risiken von Versicherungsansätzen zu verstehen und nationale Politikprozesse rund um das Thema kritisch und konstruktiv zu begleiten. Konkret wird dies zum Beispiel bei der Notfallplanung, die derart gestaltet werden muss, dass die Schwächsten in Situationen nach einer Katastrophe besser geschützt sind und ihre Menschenrechte gewahrt bleiben.

### **Ausbau von erneuerbaren Energien in Afrika**

Die Africa Renewable Energy Initiative (AREI) verfolgt ehrgeizige Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Afrika. Deutschland ist für die erste Phase der Initiative einer der größten Geldgeber. Deswegen begleitet Germanwatch seit 2016 in enger Kooperation mit afrikanischen sowie internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Ausgestaltung der AREI. Ziel ist es, die AREI im Sinne einer entwicklungsfördernden und menschenrechtskonformen Transformation des afrikanischen Energiesektors zu beeinflussen.

### **Abbau von Investitionsrisiken im indischen Solarsektor**

Als einerseits stark vom Klimawandel betroffenes Land und gleichzeitig einer der großen globalen Emittenten, dessen künftiger Emissionspfad für den globalen Klimaschutz mitentscheidend sein wird, bleibt Indien ein Schwerpunktland unserer Aktivitäten. Die indische Regierung verfolgt das ehrgeizige Ziel, bis 2022 100 GW Solarenergieleistung installiert zu haben. Dafür besteht noch eine erhebliche Investitionslücke. Mit einer Gruppe indischer Think Tanks und Nichtregierungsorganisationen verfolgt Germanwatch den Aufbau einer Partnerschaft von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Forschung, Politik und Solarwirtschaft mit dem Ziel, Risiken für Investitionen in indische Solarener-

gie zu identifizieren und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Darüber hinaus ist auch die Rolle ausländischen Kapitals für die Erreichung des 2022-Ziels Gegenstand der Diskussionen. Dazu führt Germanwatch auch Gespräche mit deutschen und europäischen Investoren über Chancen und Risiken bezüglich der Finanzierung indischer Solarprojekte.

### Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen aus Indien zu nachhaltigen Lebensstilen

Indien brachte den Aspekt nachhaltiger Lebensstile in die Präambel des Paris-Abkommens ein. Germanwatch nutzt langjährige Kontakte zur indischen Zivilgesellschaft, um in Workshops in beiden Ländern im deutsch-indischen Austausch die Umsetzungschancen von nachhaltigen Lebensstilen und den dazu notwendigen Rahmenseetzungen in jeweils lokal angepassten Formen zu verbessern. Die Bereiche Wohnen, Verkehr, Essen, Kleidung, Freizeit und Investitionen werden auf Nachhaltigkeit im täglichen Leben und bezüglich politischer Rahmenseetzung beleuchtet. Als Ergebnis sollen für EntscheidungsträgerInnen Empfehlungen zu förderlichen Rahmenbedingungen für moderne nachhaltige Lebensstile der globalen Mittelschichten entwickelt werden.



### Ausblick

Die Teamziele (s. Abbildung oben) sind für die Zeit bis 2020 formuliert und bilden den Orientierungsrahmen für die Arbeit des Teams Internationale Klimapolitik in den nächsten zweieinhalb Jahren. Bereits das vergangene Jahr hat gezeigt, dass die Aktionsfelder des Teams nach der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens vielfältiger werden. Die UNFCCC-Verhandlungen bilden auch in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt, denn das Pariser Abkommen braucht starke Umsetzungsregeln, die beim Klimagipfel COP 24 im Dezember 2018 beschlossen werden sollen. Diese entscheiden mit darüber, ob die erforderliche regelmäßige Zielerhöhung gelingt und die erforderliche Unterstützung für die Verletzlichen organisiert werden kann.

Nach Paris rücken aber immer stärker weitere Foren wie die G20 und die Klimafonds, die für die Umsetzung der Vereinbarungen für Paris wichtig sind, in den Fokus. Auch Rahmenbedingungen, welche die globalen Finanzflüsse in eine klimakompatible Richtung umlenken, werden ein Schwerpunkt des Teams sein. Vor allem aber wird die Arbeit an bi- und plurilateralen Partnerschaften verstärkt werden, mit denen konkret transformativer Wandel zur Erreichung der Pariser Klimaziele vorangetrieben wird.

### MitarbeiterInnen

 <b>Lutz Weischer</b> Teamleiter	 <b>Rixa Schwarz</b> Teamleiterin	 <b>Jean Paul Brice Affana</b> Referent für Klimafinanzierung und Entwicklung
 <b>Roxana Baldrich</b> (seit 01/2018) Referentin Klimarisikomanagement und Fall Huaraz	 <b>Sophie Bartosch</b> (seit 04/2018) Referentin für Klimaschutz und Entwicklungsbanken	 <b>Julia Bingler</b> Referentin für klimarechte Investitionen
 <b>Jan Burck</b> Referent für Klimaschutz und Energie	 <b>Lena Donat</b> Referentin für Klimaschutz und Transparenz	 <b>David Eckstein</b> Referent für Klimafinanzierung und Investitionen
 <b>Julia Grimm</b> Referentin für Klimafinanzierung	 <b>Dr. Gerrit Hansen</b> (bis 12/2017) Referentin für Internationale Klimaschutzpolitik	 <b>Marie-Lena Hutfils</b> (seit 03/2018) Referentin für Klimarisikomanagement
 <b>Jens Klawitter</b> (bis 03/2018) Referent für Internationale Energiepolitik	 <b>Vera Künzel</b> Referentin für Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte	 <b>Marine Pouget</b> Referentin für Klimapolitik und Zivilgesellschaft in der MENA-Region
 <b>Laura Schäfer</b> Referentin für Klimarisikomanagement	 <b>Dr. Maik Wings</b> (seit 03/2018) Referent für Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte	
 <b>Niklas Clement</b> (bis 07/2018) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2017/18	 <b>Marie Flatow</b> (bis 07/2018) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2017/18	 <b>Yousef Mashow</b> (seit 11/2017) Bundesfreiwilliger 2017/18
 <b>David Gorré</b> (seit 07/2018) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2018/19	 <b>Gereon tho Pesch</b> (seit 07/2018) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2018/19	

Mit Unterstützung von: **Dr. Will Frank, Franziska Marten, Paula Schäfer, Dr. Manfred Treber, Noah Walker-Crawford und Dr. Winfried Zacher**

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: **Viviane Clemens, Pauline Eicker, Asiedu Frimpong, Carolin Frisch, Carolin Grasi, Max Haumann, Nikolas Mattheis, Paula Schäfer, Finn Robin Schufft, Niklas Stein, Lena Steltzner, Marie Thorn, Leon Vollmer**

Verantwortlich seitens des Vorstands: **Sven Harmeling, Silvie Kreibiehl, Prof. Dr. Reinhard Loske, Ingmar Jürgens**

## **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) befähigt Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln. BNE bei Germanwatch richtet den Blick auf unsere globale Gesellschaft und befähigt Lernende, eine nachhaltige Entwicklung als Weltbürger mitzugestalten. Für diese Veränderung hin zu nachhaltigeren Orten, Ländern und Regionen ist unser aller Engagement entscheidend. Dieses breite Engagement versuchen wir zu aktivieren, in dem wir Menschen direkt ansprechen, mit unserer Bildungsarbeit in Schulen informieren und zu Engagement motivieren. Wir diskutieren mit Verbänden Strategien und Aktionen, halten Vorträge und geben Workshops. Darüber hinaus arbeiten wir an einem besseren Rahmen für Nachhaltigkeitsbildung in Deutschland mit und bieten eine große Palette an Bildungsmaterialien an. Das BNE-Team setzt sich insbesondere für die Umsetzung von SDG 4.7. und den darin enthaltenden Menschenrechtsaspekt ein: „Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung.“

So gestalten wir mit an der Umsetzung der Menschenrechte für alle und an Gerechtigkeit zwischen jetzt lebenden und zukünftigen Generationen. Engagement bewirkt mehr, wenn wir über unterschiedlichen Ebenen hinaus ins politische Leben wirken. Das BNE-Team geht verschiedene Wege, um Menschen zu erreichen, die einerseits ihren sozialen und ökologischen Fußabdruck nachhaltig verringern wollen und die andererseits auch ihren gesellschaftlichen und politischen Handabdruck vergrößern wollen, indem sie durch ihr Engagement die politischen Rahmenseetzungen oder bestehende Strukturen und Organisationen verändern, Nachhaltigkeit und Menschenrechte fördern oder sich auf den Weg dahin machen.

Das BNE-Team strebt strategisch danach, die Transformation durch die Verbindung von Wissen, Werten und Handeln national und international voranzubringen sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung auszubauen und strukturell zu verankern.

## **Wissen und Kompetenzen vermitteln**

Veränderungen werden kommen – wir gestalten mit. Unsere Generation steht vor der Frage, wie die vorgefundene Form der Lebensgestaltung hin zu einer zukunftsfähigen umgestaltet werden kann, die sich an den Rechten aller Menschen und den Grenzen des Planeten weltweit orientiert. Etablierte Deutungs- und Handlungsmuster werden daraufhin überprüft, ob sie den sich wandelnden Herausforderungen noch entsprechen und auf dem Weg zu Zukunftsfähigkeit nützlich sind. Wie aber beginnt der Weg einer durchgreifenden Veränderung, welche Rahmenbedingungen befördern transformatives Engagement? Eine umfassende Analyse des Jetzt-Zustandes ist ebenso zwingend wie die Klärung der Zusammenhänge, die ihn hervorgebracht haben. Positive Zukunftsbilder und Handlungsmotivation für den Wandel ergänzen dies. Daraus bildet sich eine Sicht auf die Verhältnisse und auf die Erfordernisse für die Zukunft. Das Element Bildung als Wissens- und Kompetenzvermittlung ist also unabdingbar für das Formen neuer Ideen.

### **Empowerment for Climate Leadership (ECL) – Climate Resilience and Sustainability – Young Leaders Training Course**

Das Projekt „Empowerment for Climate Leadership“ (ECL) ist eine berufsbegleitende 18-monatige Austausch- und Trainingsplattform, gemeinsam organisiert von Climate Action Network (CAN) Tanzania und Germanwatch. ECL unterstützt seit Frühjahr 2017 22 begeisterte, klimaaktive, junge

Menschen aus Tansania, Indien und Deutschland zwischen 20 und 30 Jahren, die sich beruflich oder ehrenamtlich in der Zivilgesellschaft engagieren. Thema des Bildungs- und Austauschprogramms ist die Umsetzung der Agenda 2030 mit den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Die TeilnehmerInnen arbeiten in interkulturellen Teams online zusammen und entwickeln unter anderem Bildungsmaterialien und Veranstaltungsideen.

Die erste Phase des ECL-Programms endete mit einem sehr vielseitigen persönlichen und bereichernden Austausch im November 2017 in Bonn und Umgebung rund um den UN-Klimagipfel COP 23. Der Fokus lag hier auf den Themen Klimawandel, Klimapolitik und -schutz. Die TeilnehmerInnen tauchten mit ihrer Teilnahme an der Jugendklimakonferenz (COY 13), in Debatten der UN-Klimakonferenz (COP) oder bei Klimaplanspielen sehr tief in die UN-Klimathematik ein. Auf einer „Talanoa“-Dialogveranstaltung im Rahmen der COP 23 in Bonn brachten sich einige TeilnehmerInnen direkt zu den Themen Engagement und Klimabildung ein.

Im Februar 2018 startete das ECL-Projekt in seine zweite Phase. Online lag der Fokus auf den Themen „Afrikanische Zivilgesellschaft“, „Energiewende“ und „Zugang zu Wasser“. Dieser Onlineaustausch diente der Vorbereitung eines zweiten Treffens im Juni 2018 in Arusha und Dar es Salaam (Tansania). So konnte die Lage und Rechte der besonders benachteiligten Menschen im Süden angesichts der globalen Klimakrise besser verstanden, kooperative zivilgesellschaftliche Transformationsstrategien diskutiert und im gegenseitigen Austausch Anregungen für transformatives „Handabdruck“-Engagement entwickelt werden.



**Die Teilnehmenden des Education for Climate Leadership treffen die „Solar Sister Entrepreneurs“ und informieren sich über deren Konzept des Empowerments von Frauen durch Unternehmenschancen im Umweltbereich, Juni 2018.**

Foto: Germanwatch

### **Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition inklusiv**

Mit unserem Projekt „Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition inklusiv“ für sogenannte bildungsbenachteiligte Jugendliche sind wir weiterhin verstärkt an Haupt-, Förder-, Gesamt- und Be-

rufsschulen präsent und konnten an vielen Schulen dieses Angebot auch dauerhaft etablieren. Damit ist es uns gelungen, verstärkt mit unterschiedlichen sozialen Milieus in Kontakt und Dialog zu treten.

Ein Schwerpunkt im Berichtsjahr waren die vielen Bildungsveranstaltungen des BNE-Teams und die Germanwatch Klimaexpeditionen im Rahmen des 23. UN-Klimagipfels (COP 23), die im November 2017 unter der Präsidentschaft des pazifischen Inselstaates Fidschi in Bonn stattfand. Dieses internationale Ereignis und viele begleitenden Veranstaltungen boten SchülerInnen eine einzigartige Gelegenheit, sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit dem Klimawandel, seinen Herausforderungen und Chancen zu beschäftigen. Über die Durchführung spezieller Klimaexpeditionen zur COP 23 hinaus boten wir Schulen und Jugendorganisationen Beratung und Hintergrundinformationen zur COP 23, politische Einordnung des Klimagipfels, für SchülerInnen relevante Termine rund um den Klimagipfel sowie weiterführende Hinweise zu Klimabildungsmaterialien, das LehrerInnen in ihrem Unterricht im Kontext der Weltklimakonferenz einsetzen konnten.

### **PromotorInnenprogramm – Bildungsaktivitäten**

Mit Beratung und Vernetzung unterstützen wir in der Funktion als NRW-Fachpromotoren für Klima & Entwicklung die Arbeit der bundesweiten PromotorInnen in NRW in ihrer entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Wir beraten Gruppen und Initiativen bei der Konzeption von Veranstaltungen und bringen uns selbst mit Workshops und Vorträgen ein. Kernthemen waren die Hintergründe und Verhandlungen des UN-Klimagipfels in Bonn und die Umsetzung der Agenda 2030/SDGs in Deutschland. Helen Clark, Leiterin der ExpertInnengruppe des internationalen Peer Reviews der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, hob bei der Übergabe des Expertenberichts hervor, dass ein Großteil der deutschen Nachhaltigkeitskriterien nicht annähernd erreicht wird und die Kriterien insgesamt nicht ambitioniert genug sind, um Deutschland auf einen Pfad hin zu nachhaltiger Entwicklung zu bringen<sup>5</sup>. Das unterstreicht die Notwendigkeit für ein nicht nachlassendes, politisches Engagement von uns und unseren Zielgruppen.

In vielen Bildungsveranstaltungen konnten wir die Relevanz von gelebter Nachhaltigkeit vor Ort aufzeigen und Menschen begeistern, in ihrem Leben und in den Strukturen, in denen sie aktiv sind, bleibende Nachhaltigkeitsimpulse zu setzen. Zu den erreichten Zielgruppen gehörten u.a. RückkehrerInnen aus Freiwilligendiensten, der Deutsche Pfadfinderverband, Eine-Welt-Landesnetzwerke und viele SchülerInnen im Rahmen von Projekttagen.

### **Information und Publikationen**

Über diese Projekte hinaus war das Team Bildung für nachhaltige Entwicklung in zahlreichen Veranstaltungen beratend und informierend aktiv und erstellte viel benutzte Bildungsmaterialien wie die Broschüre „Globale Klimakrise: Aufbruch in eine neue Zukunft – Ursachen, Auswirkungen und transformative Wege aus der Klimakrise“.

## **Wertebasiert motivieren für die Große Transformation**

Informationen über die große Anzahl der Herausforderungen und Menschenrechtsverletzungen weltweit bergen die Gefahr der Resignation und des Fatalismus. Trotz aller Bemühungen in der Vermittlung von Wissen und Kompetenzen wird auf allen Ebenen – vom privaten Lebensumfeld bis hin zur politischen Ebene – die Dringlichkeit dieser Herausforderung oft ignoriert, verharmlost und nur allzu zögerlich angegangen. Das ist ein Hindernis, wenn man für eine erfolgreiche „Große Transfor-

---

<sup>5</sup> <https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2018/06/2018-06-04-Rede-von-Helen-Clark.pdf>

mation“ arbeitet und auf diesem Weg alle mitnehmen möchte. Zugleich hat sich in den letzten Jahren in einigen Feldern auch vieles positiv entwickelt, was noch vor wenigen Jahren von vielen als kaum möglich eingeschätzt wurde – die Transformation hin zu Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sind prägnante Beispiele. Viele gesellschaftliche Akteure – Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Verbraucherverbände – setzen sich für die notwendigen Transformationen ein. Daraus kann auch Kraft geschöpft werden.

„Jeder Mensch ist berechtigt, Rechte vom Staat einzufordern. Menschenrechtsbildung kann Personen dazu befähigen, an den Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, mitzuwirken bzw. die Dinge, die sie angehen, auf die politische Agenda zu setzen. Menschenrechtlich verstandene Partizipation ermöglicht es Menschen, gesellschaftliche Rahmenbedingungen mitzugestalten und so einen Beitrag zum Empowerment zu leisten.“<sup>6</sup>

Insbesondere in Zeiten, in denen gesellschaftspolitische Teilhabe rückläufig und extrem ungleich verteilt ist, war es uns wichtig, in verschiedenen Formaten und Konzepten, u. a. mit dem „Germanwatch Hand Print“, die Begeisterung für die gesellschaftliche Mitgestaltung wieder zu wecken. Bildung, die gesellschaftliche und politische Handlungsoptionen außer Acht lässt, nimmt den Lernenden die Chance auf das Recht gesellschaftlicher Teilhabe. Dabei war es uns wichtig, Menschen, die sich für Nachhaltigkeit einsetzen möchten, entsprechende Lern- und Erfahrungsräume zu ermöglichen und diese kompetenzorientiert zu begleiten. Selbstwirksamkeitserfahrungen, gemeinschaftliches Handeln, Befähigung und wirkungsvolle Handlungsoptionen konnten dabei den angesichts der Größe der Herausforderung aufkommenden Ohnmachtsgefühlen entgegenwirken. Wir konnten Menschen dazu motivieren, ihre Gestaltungsspielräume, Ideen und das eigene Engagement zu nutzen, um in die Gesellschaft hineinzuwirken und Nachhaltigkeit dort in allen Strukturen zu verankern.

## Von Zukunftsbildern zu Handlungsoptionen – das Wimmelbild der Zukunft

Mit unserem im Berichtsjahr entwickelten sechs Quadratmeter großen Wimmelbild, in dem der Grafiker Benjamin Bertram die Zukunftsideen vieler KollegInnen aufgegriffen hat, laden wir dazu ein, neue positive Ideen für eine nachhaltige Zukunft zu entdecken und eigene Zukunftsbilder zu entwickeln. Dieser „Eye-Catcher“ wurde unter anderem auf dem WeltWeitWissen-Kongress in Bremen und während des Katholikentags in Münster präsentiert. Hier wurden Geschichten erzählt, Szenen interpretiert und über das Für und Wider einzelner Zukunftsbilder debattiert. Die im Wimmelbild verankerten Themen der Sustainable Development Goals (SDG) boten dabei die inhaltliche Verknüpfung zwischen positiven Visionen und einem handfesten politischen Rahmen (Agenda 2030), den es nun umzusetzen gilt.

## (Politische) Aktion und Vernetzung fördern

### Germanwatch Hand Print: Eine transformative und politischere BNE entwickeln

Germanwatch arbeitet daran, eine transformative und politischere BNE zu entwickeln, die weitergehende Handlungsoptionen und wirksame Zugänge zu jenen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und Strukturen eröffnet, die unser tägliches und zukünftiges Handeln stark beeinflussen. Der Germanwatch Hand Print unterstützt dabei, den eigenen Handabdruck des gesellschaftlichen und politischen Handelns zu vergrößern und damit auch anderen Menschen zu ermöglichen, sich nachhaltiger zu verhalten. Dabei geht es einerseits um strukturelle Veränderungen: Rahmenbedin-

<sup>6</sup> Deutsches Institut für Menschenrechte, [www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/entwicklungspolitik/basiswissen/menschenrechte](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/entwicklungspolitik/basiswissen/menschenrechte)

gungen und Regeln verändern, statt einzelne Entscheidungen und Aktivitäten umzusetzen, andererseits darum, notwendige transformative Schritte in den Strukturen, in denen wir leben, voranzubringen.

Das fängt im eigenen Wirkungskreis an: in der Schule oder am Arbeitsplatz, im Verein oder einer Initiative, in meinem Viertel oder der ganzen Stadt, für manche in der Kirchengemeinde. Aber auch Wirtschaft und Politik – auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene – sind Gestaltungsräume, die wir kreativ und kooperativ verändern können. Ein jährlicher Besuch beim Bundes- oder Landtagsabgeordneten gemeinsam mit einigen Freunden zeigt oft nach einiger Zeit Wirkung.

Dabei arbeiten wir auf drei Ebenen:

- 1.) Die Debatte über BNE und Globales Lernen durch politischere Formen des Engagements bereichern und Bildungsarbeit in den Vordergrund rücken, die es ernst nimmt, Lernende zu befähigen, sich selbst und die Gesellschaft in der sie leben zu transformieren.
- 2.) Die Vernetzung mit Bildungsakteuren auszubauen, die den Hand Print in die eigene Arbeit integrieren möchten und das Konzept gemeinsam weiterentwickeln wollen. Im Fokus stehen neue Bildungsbausteine, die transformative Kompetenzen vermitteln und eine handlungs- und lösungsorientierte Perspektive in den Vordergrund rücken.
- 3.) Aktive Menschen, die bereits Wissen und Bewusstsein zu den heutigen Herausforderungen haben, dabei zu unterstützen, transformative Formen des Engagements zu entwickeln, die erlauben, aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft teilzuhaben und sich für die Ziele eines guten Lebens einzusetzen.

Es geht nicht nur darum, das Handwerkszeug für den Wandel zu vermitteln, sondern auch darum, demokratische Partizipationsformen und kollektives Handeln für eine nachhaltige Entwicklung zu stärken. Das Konzept des Germanwatch Hand Print wurde im Mai 2018 auf dem Bildungskongress WeltWeitWissen in Bremen als herausragendes Projekt ausgezeichnet und in einer Laudatio von Timo Holthoff (VENRO) gewürdigt. Darüber freuen wir uns und es zeigt uns, dass wir wichtige Ansätze und Formate entwickeln.

### **Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west)**

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat 2016 mit der Einrichtung von vier Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien begonnen. Germanwatch ist Konsortialpartner von RENN.west, die für die Bundesländer Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zuständig ist. Über die Arbeit in RENN.west bringen wir den Wissensaustausch zur Agenda 2030 und Nachhaltigkeitsstrategien sowie die Vernetzung der Nachhaltigkeitsakteure voran. Wir unterstützen die Weiterentwicklung und Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vor allem unter dem Blickwinkel, Nachhaltigkeitsstrategien in die Regionen zu tragen, sowie entsprechende Politikkohärenz und Relevanz in der Arbeit der Parteien zu stärken.

### **Strategietage für (Jugend-)Verbände, Initiativen und andere Nachhaltigkeits- und Bildungsakteure**

Im November 2017 konnten unsere regelmäßig gemeinsam mit Haus Wasserburg in Vallendar durchgeführten Strategietage zum Thema „Transformatives Engagement“ (in Kooperation mit Brot für die Welt Jugend) und im Juni 2018 zum Thema „Nachhaltige Landwirtschaft“ (in Kooperation mit RENN.west und Taste of Heimat) stattfinden.

## Nationaler Aktionsplan BNE

Zusammen mit dem Bündnis ZukunftsBildung führen wir die Arbeit zum Nationaler Aktionsplan BNE fort. Kernanliegen dabei ist die Förderung und Verankerung von Partizipationsformaten vor allem für Jugendliche.



## Ausblick

Im Herbst freut sich das Germanwatch-Team im Bonner Büro wieder über die Bereicherung durch zwei internationale zivilgesellschaftliche Klima-Aktive aus Ruanda und Peru, die im Rahmen des „Konkreter Friedensdienst Reverse-Programms“ für zwei Monate bei uns mitarbeiten werden. Das Projekt „Konkreter Friedensdienst Reverse South – North“ wird bereits zum vierten Mal von Germanwatch mitorganisiert. Der Leitgedanke „Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure in Ländern des Südens durch Austausch und Kooperation“ steht dabei im Mittelpunkt.

Im November 2018 werden wir Strategietage für (Jugend-)Verbände in Haus Wasserburg in Valendar zum Thema Globale Lebensstile und notwendige Rahmensetzungen durchführen.

Die auch vom Internationalen Peer Review der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie als sehr positiv bewertete Arbeit der Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien kann aufgrund einer Mittelaufstockung ausgeweitet werden. So können wir unsere Arbeit bei RENN.west in Sachen Vernetzung von Transformationsakteuren mit größerem Schwung fortführen.

Das „Empowerment for Climate Leadership“-Projekt geht von Sommer 2018 bis Frühjahr 2019 in die dritte und letzte Phase, in der die TeilnehmerInnen online miteinander diskutieren. Hier werden die TeilnehmerInnen eigene Projektideen entwickeln sowie an Bildungskonzepten für Zukunftsthemen arbeiten. Der Austausch im ECL-Projekt hat uns und den 22 TeilnehmerInnen viele Erfahrungen ermöglicht, die uns ermutigen, die Bildungsarbeit mit internationalen Partnern fortzuführen. Nicht

nur die Arbeit mit unserem grandiosen Partner CAN Tanzania sondern auch die Arbeit mit den TeilnehmerInnen, die aus jeweils eigenen NGOs heraus am Projekt teilgenommen haben, hat zu unserer Vernetzung mit wertvollen Akteuren beigetragen. Auch innerhalb der Gruppe hat sich eine starke Zusammenarbeit ergeben, aus der sich gerade Folgeprojekte entwickeln, die den Geist von ECL weitertragen werden. Germanwatch ist dabei, einen eigenen Ansatz für politischere BNE in Austauschprojekten nicht nur umzusetzen, sondern auch mit Akteuren zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

Wie lässt sich also diese Transformation angemessen erzählen? Eine informativ-ermutigende Kommunikation ist Voraussetzung für ein gesamtgesellschaftliches Handeln in Richtung sozial-ökologischer Transformation. Zielgruppengerechte Ansprache, etwa durch die Germanwatch Klimaexpedition für bildungsbenachteiligte Jugendliche oder durch das nun stärker in der Bildungsarbeit eingesetzte Wimmelbild, ist grundlegend für unsere Arbeit, wenn es darum geht, Menschen für den Wandel zu motivieren, die von dieser Notwendigkeit noch gar nicht oder zumindest nicht so richtig überzeugt sind. Diese Erfahrungen wollen wir verstärkt auch für eine Bildungsarbeit in einfacher Sprache nutzen.

### MitarbeiterInnen

	<b>Stefan Rostock</b> Teamleiter, NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung		<b>Daniela Baum</b> Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung & Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West – RENN.west		<b>Cornelius Dahm</b> (seit 03/2017) Referent Bildung für nachhaltige Entwicklung
	<b>Nicole Bosquet</b> (bis 03/2018) Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung – Migration und Transformation		<b>Melanie Gehenzig</b> Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung		<b>Alexander Reif</b> Referent Bildung für nachhaltige Entwicklung
	<b>Thalia Tattoni</b> (bis 03/2018) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2017/18		<b>Dilara Evcı</b> (seit 07/2018) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2018/19		

Mit Unterstützung von **Stefan Küper (NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung), Helene Pinsuwan**

In Zusammenarbeit mit dem Team von **Geoscopia (Martin Fliegner, Holger Voigt, Doro Fliegner, Birgitt Gernhardt, Thomas Rahne, Michael Geisler)**

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: **Lisa Baumann, Susanne Bell, Isabel Haase, Simone Heilmann, Pascal Kimmich, Christiane Meyer-Habighorst, Carina Spieß, Anna Verwey**

Verantwortlich seitens des Vorstands: **Anne-Kathrin Kirchhof**

## Pressearbeit

Mit mehreren Themen und Projekten ist es Germanwatch im Berichtszeitraum gelungen, sehr große Medienresonanz hervorzurufen und den Diskurs in der Öffentlichkeit mitzubestimmen. Höhepunkte mit Blick auf das Medieninteresse waren ein klimapolitisches Forderungspapier mit 52 großen und mittelständischen Unternehmen während der Jamaika-Sondierungsgespräche, unsere intensive Kommentierung des Bonner Klimagipfels auch mit Blick auf die Koalitionssondierungen, der wichtige Etappenerfolg von Saúl Luciano Lliuya vor dem Oberlandesgericht Hamm, die Klage von zehn Familien gegen die EU-Klimapolitik (People's Climate Case) und unsere Begleitung des Deutschen Erdüberlastungstags Anfang Mai sowie des globalen Erdüberlastungstages Anfang August.

Mehrfach gelang es uns dabei Agenda-Setting zu betreiben, unsere Vorstöße waren Gegenstand von Kommentaren, Analysen und Interviews mit Dritten in großen Medien und in der Folge wurden wir noch öfter als zuvor auch für Einschätzungen und Hintergründe angefragt. Darüber hinaus veröffentlichten wir von Ende August vergangenen Jahres bis Mitte August 2018 – zum Teil mit Partnern – 70 Pressemitteilungen.

Selten zuvor wurde ein von Germanwatch mit voran getriebener Vorstoß so rege in Politik und Wirtschaft – und damit auch in den Medien – diskutiert wie die Erklärung von 52 Unternehmen und Branchenverbänden vom 7. November 2017 an die „Jamaika“-Verhandler.<sup>7</sup> Vor allem die Größe dieser Allianz (sechs Dax-Konzerne, über 500.000 Beschäftigte, Umsatz von über 400 Mrd. Euro) und die Forderung nach einem verlässlichen Kohleausstieg sorgten für Schlagzeilen. Fast alle großen Medien berichteten darüber ausführlich – von Spiegel online über die gängigen Nachrichtenagenturen, Handelsblatt und FAZ bis hin zu den Abendnachrichten im Fernsehen. Die Tagesthemen (ARD) stiegen mit dem Thema in ihre Sendung ein und machten es zum Gegenstand eines lobenden Kommentars. Im heute-Journal (ZDF) wurde es unter anderem im Interview mit Cem Özdemir thematisiert.<sup>8</sup>

Weitere Höhepunkte mit sehr großer Medienresonanz waren die beiden „Klimaklagen“, die Germanwatch begleitet: Die Medienresonanz zum „Fall Huaraz“ hat im November und Dezember 2017 einen neuen Höhepunkt erreicht. Schon am Morgen, kurz vor der Berufungsverhandlung am OLG Hamm, war Saúl Luciano Lliuya Studiogast im ARD-Morgenmagazin. Nachdem das Gericht dann schon während der mündlichen Verhandlung erkennen ließ, dass es stark zum Einstieg in die Beweisaufnahme tendiert, stiegen quasi alle großen deutschen Medien in die Berichterstattung ein (Tagesschau, Tagesthemen mit positivem Kommentar, Nachrichtenagenturen, FAZ, SZ, Handelsblatt, Zeit online etc.). Auch internationale Agenturen (AFP, Reuters) und Medien berichteten ausführlich, u.a. Guardian, Le Monde und später El Pais sowie einige große lateinamerikanische Medien. Viele beschäftigten sich auch mit der Analyse der Folgen der Entscheidung, auch für andere Unternehmen mit fossilen Geschäftsfeldern und Investoren (u.a. DLF<sup>9</sup>, Handelsblatt, WirtschaftsWoche). Diese Folgen legten wir auch ausführlich in unserer Pressearbeit direkt nach der Entscheidung dar.

Ähnlich große Aufmerksamkeit erregte die von Germanwatch unterstützte und im Mai 2018 eingereichte Familien-Klimaklage zur Stärkung der EU-Klimapolitik. Basis der Klage ist die Verletzung der Grundrechte der KlägerInnen (vor allem aus EU-Staaten, aber auch aus Ländern außerhalb Europas), zu deren Schutz sich die EU verpflichtet hat, durch unzureichenden Klimaschutz. Neben TV-Beiträgen in ARD, WDR und NDR gab es eine Welle von Berichterstattung in Leitmedien wie Spiegel online, tagesschau.de, SZ, Die Welt, Tagesspiegel, DLF u.v.m. Auch viele regionale norddeutsche Me-

---

<sup>7</sup> <http://germanwatch.org/de/14647>

<sup>8</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/heute-journal-vom-7-november-2017-100.html>, ab 7:10 min.

<sup>9</sup> <https://bit.ly/2N6yIKD>

dien widmeten dem Thema große Aufmerksamkeit. Sie beschäftigten sich vor allem mit der deutschen Klägerfamilie auf der Insel Langeoog und der Frage, welchen Klimarisiken sie sich heute und künftig ausgesetzt sieht.

Insgesamt lässt sich für den Berichtszeitraum festhalten, dass es Germanwatch immer öfter gelingt, selbst Agenda-Setting zu betreiben. Unsere Pressearbeit wird daher nicht nur bestimmt von aktueller, hintergründiger und präziser Kommentierung, sondern auch von langfristiger strategischer Planung von Initiativen und Projekten sowie ihrer Aufbereitung für Medien. Dies gilt nicht nur für die beiden Klimateams. Das Team Welternährung, Landnutzung und Handel setzt immer wieder eigene Anlässe für Berichterstattung z.B. zu den Themen Antibiotikaresistenzen im Tierstall – ein Höhepunkt war hier ein zweiseitiges Interview mit Reinhild Benning in der Ausgabe 6/2017 von SPIEGEL WISSEN –, Überdüngung oder Handel mit afrikanischen Ländern. Gleiches gilt im Unternehmensverantwortungsbereich z.B. für Pressearbeit zu Konfliktrohstoffen und Ressourcenverbrauch, zu Richtlinien und Vorgaben bei der CSR oder rund um die Erdüberlastungstage, die auch durch unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mittlerweile regelmäßig große Medienresonanz erfahren.

## Ausblick

Der kommende Berichtszeitraum wird thematisch unter anderem geprägt sein vom Klimagipfel in Kattowice (Polen) und dem G20-Gipfel kurz zuvor, den Empfehlungen der Kohlekommission sowie dem Fortgang der beiden „Klimaklagen“, vor allem der Beweisaufnahme im „Fall Huaraz“. Darüber hinaus wird für alle Teams die Europawahl 2019 in der Pressearbeit eine große Rolle spielen, zudem werden wir erneut den Deutschen und/oder den globalen Erdüberlastungstag nutzen, um aus Perspektive all' unserer Teams die Überdehnung der planetaren Grenzen zu verdeutlichen.

Strategisch werden wir daran arbeiten, die Fähigkeit zum eigenen Agenda-Setting noch weiter zu verbessern und die schon praktizierte Verzahnung zwischen klassischer Pressearbeit und sozialen Medien – vor allem Twitter – weiter zu optimieren. Insbesondere für die neueren KollegInnen werden erneut hausinterne Fortbildungen zu den Themen Pressemitteilungen und Interviews/O-Töne angeboten, so dass ein noch größerer Teil von Germanwatch in die Lage versetzt wird, unsere wichtigen Botschaften auch über die Medien gut und verständlich zu vermitteln. Gerade in Zeiten, in denen auch hierzulande rechtspopulistische und -radikale Kräfte immer öfter versuchen, die gesellschaftliche Debatte mit Halbwahrheiten, Verzerrungen und Lügen zu vergiften, ist es umso wichtiger, mit verständlichen, fundierten, faktenbasierten, aber auch emotional ansprechenden Argumenten gegenzuhalten.

## Mitarbeiter



**Stefan Küper**  
Pressesprecher

**Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof**

## Öffentlichkeitsarbeit

Zu den wichtigsten strategischen Zielen der Öffentlichkeitsarbeit zählt es, die zentralen Inhalte der Germanwatch-Arbeit – über die Pressearbeit hinaus – zielgruppengerecht an eine informierte Öffentlichkeit zu vermitteln. Dies geht von der strategischen Kommunikationsplanung und deren Umsetzung bis hin zur Redaktion, Layout und Distribution. So wurden 2016 mehr als 100 Publikationen, Blog-Beiträge und Materialien konzipiert, gestaltet, redigiert und verteilt. Hinzu kommen noch über 190 Einzelmeldungen und Veranstaltungsankündigungen. Auf den Sozialen Medien konnten wir zunehmend Follower hinzugewinnen (siehe Tabelle nächste Seite), die wir unter anderem besonders für die Themen deutscher und globaler Erdüberlastungstag oder den Fall Huaraz begeistern konnten.

Weiterhin wurden wieder zahlreiche Ausgaben unserer Periodika (Zeitung WEITBLICK, Mitglieder-Rundbrief EINBLICK, KlimaKompakt oder Newsletter „Germanwatch-Kurznachrichten“) herausgegeben und an eine wachsende Zahl von AbonnentInnen versandt (siehe Tabelle nächste Seite).

Besonderer Kommunikationsanlass in den vergangenen 12 Monaten war der Klimagipfel (COP 23) im November 2017 – direkt vor der Haustür unseres Büros in Bonn. Die Klimaverhandlungen mit Deutschland als Veranstaltungsort führten zu einer strategischeren Kommunikationsarbeit mit Thementagen auf den Sozialen Medien (Facebook und Twitter). Zum anderen gab es während der Verhandlungswochen einen extra Blog, in welchem die ReferentInnen sowie PraktikantInnen über Ihre Eindrücke der COP 23 und den Fortschritten fast täglich berichteten<sup>10</sup>.

Ein weiteres Projekt der Öffentlichkeitsarbeit war die Gestaltung einer eigenen Homepage für den Klimaschutzindex, die es ermöglicht, die einzelnen Ergebnisse interaktiver zu betrachten und sogar auf den verschiedenen Kanälen der Sozialen Medien zu teilen.<sup>11</sup>

Neben der Öffentlichkeitsarbeit zum Fall Huaraz lag im Bereich Klimaklagen in der 2. Hälfte des Berichtsjahres der People's Climate Case im Fokus der Kommunikationsarbeit. Dazu wurden u. a. eine eigene Homepage<sup>12</sup> sowie das Kommunikationsmaterial für das deutsche UnterstützerInnennetzwerk erstellt und die Öffentlichkeitsarbeit der deutschen Klägerfamilie, die Kooperation der deutschen unterstützenden NGOs und die deutsche Medienarbeit betreut.



**Exemplarische Beispiele für die Produkte unserer Öffentlichkeitsarbeit. Von links nach rechts: „Globale Klimakrise: Aufbruch in eine neue Zukunft“ ([www.germanwatch.org/de/14231](http://www.germanwatch.org/de/14231)), „Klimaschutz-Index – die wichtigsten Ergebnisse 2018“ ([www.germanwatch.org/de/ksi](http://www.germanwatch.org/de/ksi)), „Smart und fair? Vier Handy-Modelle im Germanwatch-Blickpunkt“ ([www.germanwatch.org/de/15066](http://www.germanwatch.org/de/15066)), „WEITBLICK – Zeitung für eine global gerechte und zukunftsfähige Politik“ ([www.germanwatch.org/weitblick](http://www.germanwatch.org/weitblick))**

<sup>10</sup> Der Blog „COP live und in Farbe“ unter [www.germanwatch.org/de/14644](http://www.germanwatch.org/de/14644)

<sup>11</sup> [www.climate-change-performance-index.org](http://www.climate-change-performance-index.org)

<sup>12</sup> [www.peoplesclimatecase.de](http://www.peoplesclimatecase.de)

Wir danken allen AutorInnen, RedakteurInnen, GrafikerInnen, IllustratorInnen, ProgrammiererInnen, LayouterInnen, ÜbersetzerInnen und anderen DienstleisterInnen, die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, die Inhalte der Germanwatch-Arbeit gut in der Öffentlichkeit zu präsentieren!

**Tabelle: Übersicht AbonnentInnen und Publikationen – Vergleich mit Vorjahreszahlen**

	2018	2017	2016	2015
<b>Ausgaben der Zeitung WEITBLICK</b> (Auflage je ca. 100.000)	3 (2. Ausgabe erscheint im Oktober, 3. Ausgabe im November)	4	3	3
<b>Weitblick-AbonnentInnen</b>	14.593	14.414	14.166	13.946
<b>KlimaKompakt-AbonnentInnen</b>	8493	7.983	7.608	7.281
<b>Kurznachrichten-AbonnentInnen</b>	3641	3.135	2.605	2.184
<b>Facebook</b>	4.692 Likes	3.900 Likes	2.790 Likes	1.750 Likes
<b>Twitter</b>	3.290 Follower			

Stand: jeweils August des Berichtsjahres

**Service**

Kostenlose Abos (Zeitung WEITBLICK, Newsletter Kurznachrichten, KlimaKompakt):  
[www.germanwatch.org/abos](http://www.germanwatch.org/abos)

Publikationen bestellen/herunterladen: [www.germanwatch.org/de/publikationen](http://www.germanwatch.org/de/publikationen)

Pressemitteilungen: [www.germanwatch.org/de/presse](http://www.germanwatch.org/de/presse)

Veranstaltungen: [www.germanwatch.org/de/termine](http://www.germanwatch.org/de/termine)

Aktiv werden (Termine, Petitionen, Tipps etc.): [www.germanwatch.org/aktiv-werden](http://www.germanwatch.org/aktiv-werden)

Blog- & Videobeiträge: [www.germanwatch.org/blog](http://www.germanwatch.org/blog)

Facebook: [www.facebook.com/germanwatch](http://www.facebook.com/germanwatch)

Youtube: [www.youtube.com/germanwatch](http://www.youtube.com/germanwatch)

Twitter: [www.twitter.com/Germanwatch](http://www.twitter.com/Germanwatch)

**MitarbeiterInnen**

 <p><b>Pascal Molinario</b> Teamleiter</p>	 <p><b>Hanna Fuhrmann</b> Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Klimaklage-Kommunikation</p>	<p><b>Valentin Pflieger</b> (bis 07/2018) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2017/18</p>
 <p><b>Konrad Brambach</b> (seit 08/2018) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2018/19</p>		

Mit Unterstützung von Daniela Baum, Ljiljana Djuric und Andrea Taubert

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

## D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Germanwatch arbeitet eng mit ausgewählten Organisationen, PartnerInnen und Persönlichkeiten zusammen. Die Vernetzung ist wichtiger Teil unserer Arbeitsweise: Einerseits, weil wir viel durch die DialogpartnerInnen, ihre Kompetenz und Perspektive lernen. Andererseits, weil wir somit oft politische Forderungen unterstützen, die durch ein breites Bündnis von Organisationen getragen werden. Dadurch können wir viele Verstärkungseffekte für die gemeinwohlorientierten Ziele, für die wir uns einsetzen, erzielen. Wir können aber auch mit unserer Expertise andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen beeinflussen.

Besonders verantwortliche Positionen etwa im Vorstand, in der politischen Koordination, Sprecherat oder Beirat haben Germanwatch-MitarbeiterInnen oder Vorstandsmitglieder bei folgenden Partnerorganisationen oder Plattformen inne:

Climate Action Network (CAN) | CAN Int. +++ CAN EU +++ CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung +++ CO2GeoNet +++ Deutsche Physikalische Gesellschaft (AK Energie) +++ European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) +++ Global Climate Forum (GCF) +++ Klima-Allianz +++ Munich Climate Insurance Initiative (MCII) +++ Netzwerk Arbeitskreis Rohstoffe +++ Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) +++ Renewables Grid Initiative (RGI) +++ Sustainable Development Solutions Network, German Chapter (SDSN Germany) +++ Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030

Darüber hinaus ist Germanwatch Mitglied in folgenden politischen Netzwerken und Vereinen:

Agrarbündnis +++ Allianz für Weltoffenheit +++ Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ +++ Attac +++ Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER) +++ Deutscher Naturschutzring (DNR) +++ Deutsches Institut für Menschenrechte e.V. (DIMR) +++ Eine Welt Netz NRW +++ Eine Welt Netzwerk Bayern +++ Eine Welt Netzwerk Hamburg +++ Erlassjahr.de +++ European Business Council for Sustainable Energy (e5) +++ Forum Menschenrechte +++ Forum Nachhaltige Geldanlagen +++ Forum Umwelt und Entwicklung +++ Global Campaign for Climate Action (GCCA)/tckctck Campaign +++ Global Challenges Network (GCN) +++ Global Compact +++ GoodElectronics Netzwerk +++ Greenskies +++ Netzwerk NGO AK OECD-Leitsätze +++ Nord Süd Forum München +++ OECD Watch +++ Ökowerk NRW +++ Our World is Not For Sale (OWINFS) & Seattle to Brussels Network (S2B) +++ Publish what you pay +++ Steuer gegen Armut +++ TTIP unfairhandelbar +++ Transform+++ Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) +++ Verbändeplattform zur Reform der EU-Agrarpolitik +++ Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) +++ Zukunftsrat Hamburg

Arbeitsgruppen, Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt, sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind.

## Germanwatch e.V., Stiftung Zukunftsfähigkeit, Germanwatch-Stiftung, atmosfair – wie gehören sie zusammen?

Der eingetragene Verein Germanwatch – gegründet 1991 – bekam 1997 eine neue Unterstützerin: die Stiftung Zukunftsfähigkeit. Ihre Errichtung erfolgte nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf Geld selbst nicht in größerem Umfang langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.

Die Stiftung unterstützt die Arbeit von Germanwatch mit strategisch besonders wichtigen Programm- und Projektförderungen, außerdem ergänzt sie durch einzelne strategische Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z. B. durch Moderationstätigkeiten bei Treffen ausgewählter Delegierter während der UN-Klimaverhandlungen. Mehr als 30 ZustifterInnen haben inzwischen den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert. Die Stiftung steht seit 2015 für die Anwalts- und Gerichtskosten ein, die die Klimaschutzklage von Saúl Luciano Lliuya gegen RWE verursacht. In den letzten Monaten hat die Stiftung zudem eine zentrale Rolle gespielt, um die Stiftungsplattform F20 zu initiieren – ein internationales Netzwerk von Stiftungen, welche die Umsetzung von ambitionierter Klimapolitik und eine Umsetzung der 2030-Agenda mit einem Fokus auf die G20-Länder voranbringen will.

Im Dezember 2014 wurde ergänzend die Germanwatch-Stiftung gegründet, als sogenannte nicht rechtsfähige Stiftung in der treuhänderischen Verwaltung der Stiftung Zukunftsfähigkeit. Sie stellt eine weitere Option für alle UnterstützerInnen dar, die ganz ausschließlich die Arbeit von Germanwatch fördern und dies nicht auf dem Wege einer zeitnah zu verbrauchenden Spende an Germanwatch e.V., sondern mit einer Zustiftung machen möchten.

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle VerbraucherInnen, die auf das äußerst zögerliche Agieren der Politik in dieser Richtung nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen. Es stellt nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr dar. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind neben zwei Vertretern des Bundesumweltministeriums die Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.



[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)



STIFTUNG  
ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

[www.stiftungzukunft.de](http://www.stiftungzukunft.de)



[www.germanwatch.org/stiftung](http://www.germanwatch.org/stiftung)



[www.atmosfair.de](http://www.atmosfair.de)

# E Finanzbericht – Kalenderjahr 2017

von Michael Windfuhr (Schatzmeister)

## Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2017 betragen 3.814.445,16 Euro (+ 15,9 % zum Vorjahr, vgl. Tab. E.1). Der Anteil der Einnahmen im ideellen Bereich und im Zweckbetrieb macht mit 89,32 % den Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel aus.

Gegenüber 2016 sank der Umfang des „steuerbegünstigten Zweckbetriebs“ um 45,4 % und der Anteil der Projekte im „steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ um rund 34,5 %. Die Zuordnung zu den verschiedenen Vereinsbereichen erfolgt anhand bestimmter steuerrechtlicher Kriterien, insbesondere der Frage, ob es sich bei unserer Tätigkeit im steuerrechtlichen Sinne um eine für den Geber erbrachte Leistung gegen Entgelt (z. B. Beratung) handelt und – wenn dies der Fall ist – in welchem Umfang wir hierbei in Konkurrenz zu kommerziellen Leistungsanbietern stehen.

Die Anzahl der Geber für Projektmittel ist unverändert hoch (vgl. Tab. E.2). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; zudem ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit und finanzielle Absicherung von Germanwatch.

Bei den Mitgliedsbeiträgen gab es einen Anstieg auf 80.822 Euro aufgrund der leicht gestiegenen Mitgliederzahl. Ein deutliches Plus konnten wir im Bereich der Spendeneinnahmen verzeichnen: Die allgemeinen und zweckgebundenen Spenden stiegen um rund 16 % auf insgesamt 256.005 Euro. Dies ist vornehmlich auf ein sehr erfreuliches Plus allgemeiner (d.h. nicht zweckgebundener) Spenden zurückzuführen (+43,7 %). Die Summe der projektbezogenen Spenden stieg um 4 % – bei ihnen handelt es sich ganz überwiegend um Projektgelder, die Germanwatch von der Barthel Stiftung, der Stiftung Zukunftsfähigkeit, der Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik und der Stiftung 2° erhielt.

Unter anderem Mitgliedsbeiträge, allgemeine Spenden und die abermals in Höhe von 10.000 Euro erfolgte Programmförderung durch die Stiftung Zukunftsfähigkeit machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil aus. Diese nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel und mit besonderer Wirkung einsetzen. Wir nutzen sie z. B., um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren und zu kofinanzieren sowie um die Nachhaltigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit von Germanwatch zu sichern. Gerade bei der Kofinanzierung von Projekten leisten Mitgliedsbeiträge, Spenden und Programmförderungen eine starke Hebelwirkung, weil wir viele der Zuschüsse im ideellen Bereich nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten können. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für eine hohe Wirksamkeit der Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden – hierzu zählen beispielsweise Aktivitäten, mit denen wir bei kurzfristigen Veränderungen im politischen Raum handlungsfähig sein wollen, ohne dass uns dafür Projektmittel zur Verfügung stehen.

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, SpenderInnen, ZustifterInnen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie allen Zuschussgebern (vgl. Tab E.2) gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang geleistete ehrenamtliche Arbeit und den unermüdlichen Einsatz unserer MitarbeiterInnen, Freiwilligen und PraktikantInnen, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nur zum Teil enthalten ist, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

**Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2017 und Vergleich zu 2016 für Ideellen Bereich, Zweckbetrieb, steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (WGB) und Vermögensverwaltung**

<b>A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit</b> (ohne Miet- und Zinseinnahmen)	<u>2016</u>	<u>2017</u>
<u>Ideeller Bereich:</u>		
1. Mitgliedsbeiträge	79.863,67 €	80.822,62 €
2a. Spenden allgemein	66.389,68 €	95.399,01 €
2b. Spenden projektbezogen	154.418,77 €	160.606,02 €
3. Programmförderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	10.000,00 €	10.000,00 €
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit ideell	2.156.681,81 €	2.871.811,92 €
5. Einnahmen CorA-Netzwerk	45.016,00 €	37.143,35 €
6. Sonstige Einnahmen	28.420,16 €	55.919,79 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
7. Einnahmen Zweckbetrieb	174.489,10 €	95.202,80 €
8. Einnahmen WGB	479.471,77 €	313.861,32 €
SUMME	<u>3.194.750,96 €</u>	<u>3.720.766,83 €</u>
<b>B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit</b> (ohne Miete und Nebenkosten Geldverkehr)		
<u>Ideeller Bereich:</u>		
9. Löhne und Gehälter	1.276.580,36 €	1.647.429,80 €
10. Soziale Abgaben	251.691,86 €	312.754,26 €
11. Fremdhonorare	428.798,93 €	359.537,42 €
12. Miete / Mietnebenkosten	98.408,13 €	108.982,44 €
13. Abgaben / Versicherungen	3.507,48 €	4.678,66 €
14. Beiträge	9.951,94 €	10.172,30 €
15. Reisekosten	142.420,37 €	213.117,83 €
16. Instandhaltungen und Kleingeräte	16.504,49 €	33.475,62 €
17. Abschreibungen	11.472,42 €	16.279,08 €
18. Porto	30.308,77 €	35.206,29 €
19. Telefon / Internet	11.040,58 €	9.096,89 €
20. Kopier- und Faxkosten	15.388,65 €	13.761,87 €
21. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	91.555,53 €	153.458,69 €
22. externe Projektarbeit ideell	46.459,50 €	202.616,52 €
23. CorA-Netzwerk	45.380,09 €	23.805,23 €
24. Bürobedarf	4.387,49 €	4.518,13 €
25. Bücher und Zeitschriften	2.718,70 €	3.758,46 €
26. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	17.664,63 €	19.576,19 €
27. Sonstiges	11.544,33 €	10.301,00 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
28. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	164.144,43 €	87.731,44 €
29. WGB (Gehalts- und Sachkosten)	458.379,34 €	270.383,68 €
SUMME	<u>3.138.308,02 €</u>	<u>3.540.641,80 €</u>
<b>C. Laufendes Ergebnis</b>	<b>56.442,94 €</b>	<b>180.125,03 €</b>
<b>D. Einnahmen Vermögensverwaltung</b>		
30. Zinseinnahmen	1.498,43 €	1.911,87 €
31. Miet- und Pächterträge	96.027,63 €	91.766,46 €
<b>E. Ausgaben Vermögensverwaltung</b>		
32. Nebenkosten des Geldverkehrs	1.104,57 €	1.678,94 €
33. Anteilige Miete für Untermieter	95.334,72 €	91.763,00 €
<b>F. Ertragsteuerneutrale Posten</b>	- 5.795,61 €	- 13.183,97 €
<b>G. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss</b>	<b>51.734,10 €</b>	<b>167.177,45 €</b>
<b>Gesamtergebnis 2017</b>		
Ideeller Bereich	<u>Einnahmen</u> 3.311.702,71 €	<u>Ausgaben</u> 3.182.526,68 €
Ertragsteuerneutrale Posten	- €	13.183,97 €
Vermögensverwaltung	93.678,33 €	93.441,94 €
Zweckbetrieb	95.202,80 €	87.731,44 €
WGB	313.861,32 €	270.383,68 €
<b>Summe</b>	<b><u>3.814.445,16 €</u></b>	<b><u>3.647.267,71 €</u></b>

**Tab. E.2a. Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2017 im Vergleich zu 2016**

<b>Zuschüsse privater Geber</b>	<u>2016</u>	<u>2017</u>
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst	212.029,19 €	286.970,57 €
Stiftung Mercator	152.724,96 €	249.744,43 €
European Climate Foundation (ECF)	194.149,90 €	230.724,37 €
Humboldt-Viadrina Governance Platform	38.456,95 €	126.036,00 €
Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) über Uni Göttingen	- €	33.716,09 €
Misereor	66.161,29 €	25.826,35 €
Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW	24.676,54 €	6.396,00 €
Verbraucherzentrale Bundesverband	- €	6.101,31 €
Munich Climate Insurance Initiative (MCII)/ GIZ	53.201,49 €	- €
Eine-Welt-Netz NRW	45.750,00 €	- €
Renewables Grid Initiative (RGI)	44.000,00 €	- €
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	40.784,24 €	- €
Wallace Global Fund	27.124,04 €	- €
Climate Works Foundation	13.743,19 €	- €
Stiftung Zukunftsfähigkeit e.V. (ohne Programmförderung, vgl. Tab. E.1)	10.000,00 €	- €
Alexander von Humboldt-Stiftung	6.000,00 €	- €
Sonstige	17.353,04 €	4.486,44 €
	<b><u>946.154,83 €</u></b>	<b><u>970.001,56 €</u></b>

Davon wurden in 2017 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 96.868,13 einkommensneutral behandelt.

<b>Zuschüsse öffentlicher Geber</b>	<u>2016</u>	<u>2017</u>
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)	487.125,50 €	560.155,25 €
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	442.010,58 €	552.366,75 €
BMUB über Umweltbundesamt (UBA)	73.027,02 €	169.553,86 €
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	120.785,96 €	160.863,69 €
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	- €	153.003,07 €
BMZ (über Bonn International Center for Conversion (BICC))	- €	76.818,00 €
GIZ (über Munich Climate Insurance Initiative (MCII))	- €	53.789,88 €
BMZ/ Engagement Global/ Staatskanzlei NRW (über Eine-Welt-Netz NRW)	- €	45.750,00 €
Land Berlin (über Stiftung Nord-Süd-Brücken)	48.998,23 €	42.898,27 €
Bundeskanzleramt (über DLR Projektträger)	- €	41.192,17 €
Auswärtiges Amt (über Bundesverwaltungsamt)	- €	17.013,00 €
BMUB/UBA (über ReUse e.V.)	- €	14.810,82 €
Europäische Kommission (über Uni Genua)	20.714,25 €	- €
Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW	15.931,16 €	- €
Sonstige	1.934,28 €	335,60 €
	<b><u>1.210.526,98 €</u></b>	<b><u>1.888.550,36 €</u></b>

Davon wurden in 2017 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 295.454,56 einkommensneutral behandelt.

**Tab. E.2b. Projektbezogene Einnahmen im Zweckbetrieb im Jahr 2017 im Vergleich zu 2016**

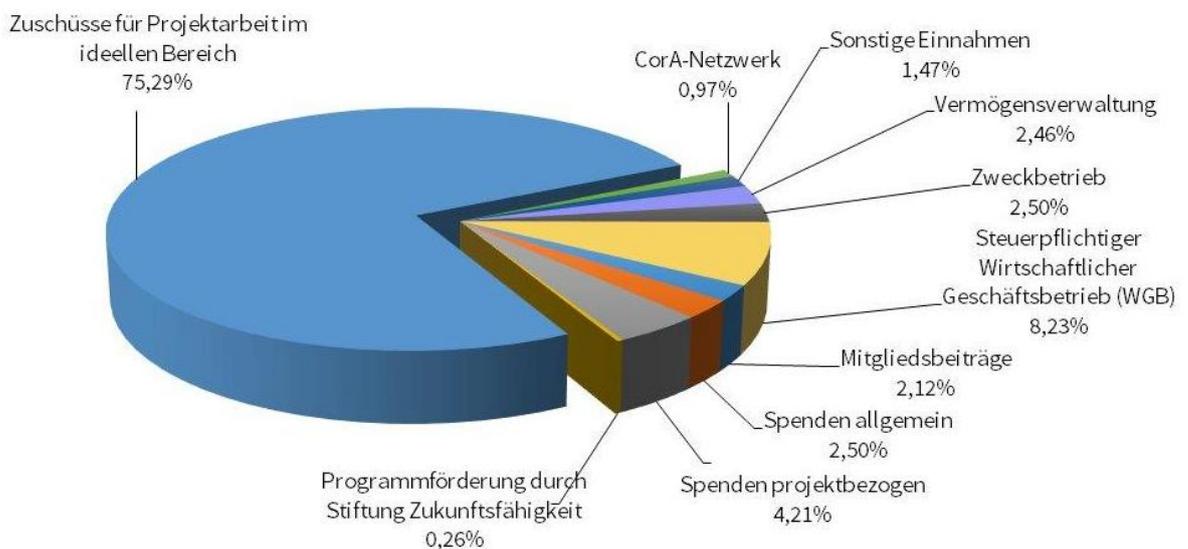
Zweckbetrieb	2016	2017
Lightcycle	44.450,00 €	42.750,00 €
Einnahmen aus Schulveranstaltungen	17.835,00 €	17.340,00 €
Atmosfair	9.420,00 €	15.130,00 €
Land Rheinland-Pfalz, Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen bei der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft RLP	24.820,95 €	11.114,05 €
Humboldt-Viadrina Governance Platform	19.081,20 €	- €
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst	18.927,51 €	- €
Global Climate Forum	9.500,00 €	- €
Misereor	7.943,93 €	- €
Stadt München, Referat für Bildung und Sport	7.360,00 €	- €
Sonstige Einnahmen	15.150,51 €	8.868,75 €
	<b><u>174.489,10 €</u></b>	<b><u>95.202,80 €</u></b>

Davon wurden in 2017 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 5.345,95 Euro einkommensneutral behandelt.

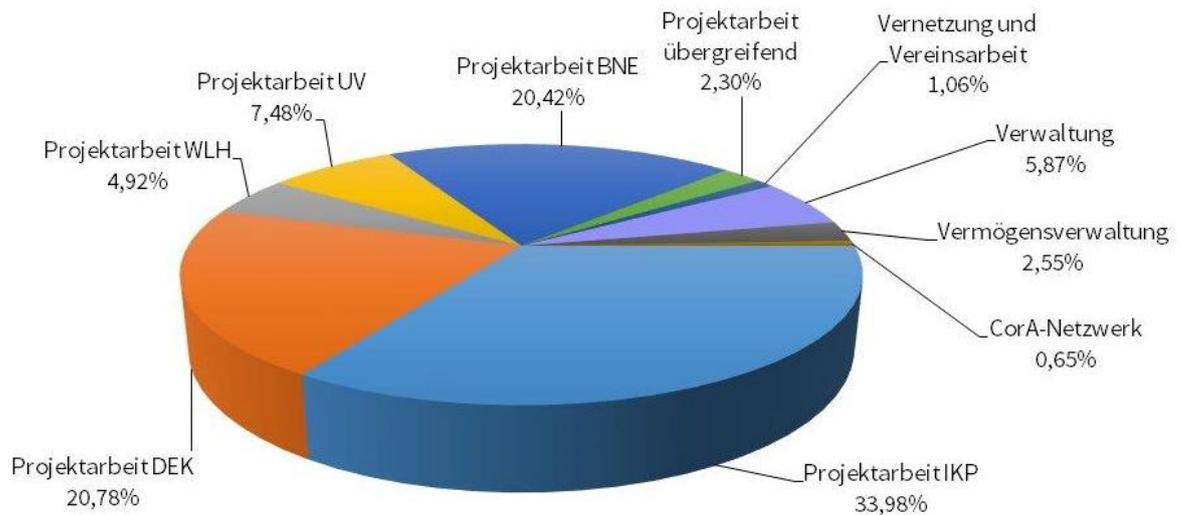
**Tab. E.2c. Projektbezogene Einnahmen im WGB im Jahr 2017 im Vergleich zu 2016**

Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	2016	2017
Climate and Development Knowledge Network (CDKN)	418.594,58 €	144.121,57 €
Renewables Grid Initiative (RGI)	- €	111.000,00 €
European Climate Foundation (ECF)	16.016,85 €	30.902,22 €
New Climate Institute	7.280,00 €	22.400,00 €
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	13.231,44 €	- €
Die Grünen / Europäische Freie Allianz	6.722,69 €	- €
Greenpeace	5.000,00 €	- €
Allianz Investment Management SE	510,00 €	- €
Sonstige Einnahmen	12.116,21 €	5.437,53 €
	<b><u>479.471,77 €</u></b>	<b><u>313.861,32 €</u></b>

Davon wurden in 2017 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 4.639,38 € einkommensneutral behandelt.



**Abb. E.1: Einnahmen im Jahr 2017**



**Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen im Jahr 2017 – aufgeschlüsselt auf die Teams bzw. Arbeitsbereiche**

Erläuterung: IKP = Internationale Klimapolitik, DEK = Deutsche und EU-Klimapolitik, WLH = Welternährung, Landnutzung und Handel, UV = Unternehmensverantwortung, BNE = Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Das CorA-Netzwerk wurde separat ausgewiesen – Germanwatch leistet seit dem 23.12.2010 die Finanzverwaltung dieses Zusammenschlusses verschiedener Organisationen, die zum Bereich Unternehmensverantwortung arbeiten (darunter auch Germanwatch), und der keine eigene Rechtspersönlichkeit hat.

## Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Verwendung der Einnahmen nach Tätigkeitsbereichen. Mit einem Umfang von 3.280.310,73 €, entspricht 89,87 % der Gesamtausgaben, entfällt der weitaus größte Bereich der Arbeit von Germanwatch auf Projektarbeit. Diese Arbeit wird von unseren fünf politischen Fachteams geleistet: Internationale Klimapolitik (33,98 % der gesamten Ausgaben), Deutsche und Europäische Klimapolitik (20,78 %), Bildung für Nachhaltige Entwicklung (20,42 %), Unternehmensverantwortung (7,48 %), Welternährung, Landnutzung und Handel (4,92 %). Zusätzlich entfallen 2,30 % auf teamübergreifende Projektaktivitäten, wobei auch im Rahmen der meisten anderen Projektaktivitäten eine regelmäßige teamübergreifende Kooperation erfolgt.

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil nach wie vor die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) mit zusammengekommen 2.143.534,29 Euro (entspricht knapp 59 % der Gesamtausgaben) ausmachen. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. Am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2. Think-Tank- und Research-Arbeit, 3. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5. Bildungsarbeit. In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Honorarkräfte kommen nur in begrenztem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend bei der Erstellung von Studien sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout. Unsere Arbeit soll vor allem den besonders verletzlichen Menschen, insbesondere im globalen Süden, zu Gute kommen – hierfür konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des „Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen. Dies führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur mit einem höheren Anteil eigener Personalkosten als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die z. B. Infrastrukturprojekte mit Partnern im Projektland finanzieren. Im Jahr 2017 gab es gegenüber dem Vorjahr bei den Personalkosten einen Anstieg – dieser war primär durch mehr Projektaktivitäten und den damit verbundenen größeren Aufwand von hauptamtlichen MitarbeiterInnen begründet.

## Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2017 weist ein Plus in Höhe von 167.177,45 Euro auf und liegt damit deutlich über dem Jahresüberschuss des Vorjahres (51.734,10 Euro). Dies ist insbesondere ein Ausdruck davon, dass die Anstrengungen von Germanwatch für das Einwerben von allgemeinen Spenden so erfolgreich waren, dass diese in 2017 noch nicht vollständig zu verausgaben waren, sondern der Rücklage zufließen, was unsere Handlungsfähigkeit für Folgejahre erhöht. Zum einen können wir so wichtige Signale für höhere Arbeitsplatzsicherheit an die MitarbeiterInnen geben, deren kontinuierliche Mitarbeit ein zentraler Erfolgsfaktor für unsere Wirksamkeit ist. Zum anderen ist angesichts des Gesamtbudgets auch ein erheblicher Liquiditätspuffer zwingend erforderlich, um in bestimmten Projekten, in denen Geldgeber Zahlungen erst rückwirkend leisten, in Vorleistung treten zu können. Um nur eines von vielen Beispielen zu nennen: Germanwatch musste für das Projekt zur zivilgesellschaftlichen Begleitung des Anpassungsfonds im Jahr 2017 aufgrund der späten Ausstellung des endgültigen Zuwendungsbescheids Projektausgaben in Höhe von rund 103.000 Euro vorfinanzieren. Ohne diese Vorfinanzierung wäre das Projekt – wenn überhaupt – erst mit erheblichem Verzug gestartet und der Projekterfolg wäre gefährdet gewesen. Die bereits vorliegenden Projektergebnisse zeigen, dass die Vorfinanzierung wichtige Projektaktivitäten ermöglicht hat und damit das für die Ziele von Germanwatch äußerst wichtige Projekt erfolgreich durchgeführt werden kann.

## Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Gewinn- und Verlustrechnung). Grundlage für die Erstellung des gesamten Jahresabschlusses (inklusive Bilanz) bilden die *Besonderheiten zur Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen*, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW RS HFA 21). Der Jahresabschluss für 2017 wurde von der Reinhardt & Weckbecker Steuerberatungsgesellschaft mbH in enger Zusammenarbeit mit Germanwatch erstellt. Das Ergebnis sowie die Unterlagen 2017 wurden durch die von der Mitgliederversammlung gewählten KassenprüferInnen Ute Zander und Jürgen Daamen am 10.07.2018 im Bonner Büro geprüft und führte erneut zu keinen Beanstandungen. Laut Anlage 1 zum Bescheid für 2016 über Körperschaftssteuer vom 05.04.2018 erstreckt sich die Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient.

**Tab. E.3: Bilanz 31.12.2017 und Vergleich zum 31.12.2016**

<b>AKTIVA</b>	<u>2016</u>	<u>2017</u>
A. <u>Sachanlagevermögen</u>		
1. Software	2.350,50 €	1.796,50 €
2. Büroeinrichtung	1.835,50 €	1.237,50 €
3. Computeranlagen	15.731,00 €	18.232,00 €
4. Einbauten (IT-Verkabelung)	22.367,00 €	21.623,00 €
5. Sonstige Betriebsausstattung	10.213,00 €	7.473,00 €
5. Geringwertige Wirtschaftsgüter	- €	- €
6. GWG Sammelposten	3,00 €	3,00 €
	<b>52.500,00 €</b>	<b>50.365,00 €</b>
B. <u>Finanzanlagen</u>		
1. Sonstige Ausleihungen	40.840,04 €	40.844,12 €
C. <u>Umlaufvermögen</u>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	437.590,47 €	295.193,39 €
2. Sonstige Vermögensgegenstände	243.223,87 €	155.526,40 €
3. Flüssige Mittel	362.939,33 €	845.496,91 €
	<b>1.043.753,67 €</b>	<b>1.296.216,70 €</b>
D. <u>Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</u>	255,00 €	255,00 €
<u>Summe Besitzposten</u>	<b>1.137.348,71 €</b>	<b>1.387.680,82 €</b>
<b>PASSIVA</b>		
E. <u>Vereinsvermögen</u>		
a) Posten gem § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	434.665,33 €	601.842,78 €
b) Posten gem § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	150.963,79 €	150.963,79 €
	<b>585.629,12 €</b>	<b>752.806,57 €</b>
F. <u>Rückstellungen</u>		
Steuerrückstellungen	14.250,08 €	- €
Sonstige Rückstellungen	6.000,00 €	6.000,00 €
G. <u>Verbindlichkeiten</u>		
1. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26 €	6.712,26 €
2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	256.034,21 €	104.589,78 €
3. Sonstige Verbindlichkeiten	28.097,93 €	53.097,76 €
H. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	<b>240.625,11 €</b>	<b>464.474,45 €</b>
<u>Summe Schuldposten</u>	<b>1.137.348,71 €</b>	<b>1.387.680,82 €</b>
<u>Vermögen des Vereins</u>		
Vermögen des Vereins 2016	585.629,12 €	
Jahresüberschuss 2017	167.177,45 €	
Vermögen des Vereins 2017	<b>752.806,57 €</b>	

## MitarbeiterInnen

Leitung: Dr. Gerold Kier (Administrativer Geschäftsführer)

 <p><b>Ljiljana Djuric</b> Sekretariat und Projektassistenz Büro Berlin</p>	 <p><b>Carolin Becher</b> Finanzreferentin</p>	 <p><b>Ulrike Koll</b> Finanzreferentin</p>
 <p><b>Lisa Meier</b> Finanzreferentin</p>	<p><b>Nils Pohl</b> (seit 05/2018) Kordinator für Büro- technik, IT, Infrastruktur und Personalwesen</p>	 <p><b>Andrea Taubert</b> Sekretariat und Projektassistenz Büro Bonn</p>
<p><b>Heike Zbick</b> Finanzreferentin</p>		

Mit Unterstützung von Judit Mays, Helene Pinsuwan sowie unseren Freiwilligen Ajla Ahmetovic (FÖJ 2017/18), Anneke Bargfrede (FÖJ 2017/18), Niklas Clement (FSJ-P 2017/18), Dilara Evcı (FSJ-P 2018/19), Marie Flatow (FSJ-P 2017/18), Valentin Pflieger (FSJ-P 2017/18), Yousef Mashow (BFD 2017/18) Thalia Tattoni (FSJ-P 2017/18), Konrad Brambach (FSJ-P 2018/19), David Gorré (FSJ-P 2018/19), Gereon tho Pesch (FSJ-P 2018/19)

# Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

## **Bankverbindung / Spendenkonto:**

Bank für Sozialwirtschaft AG,  
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,  
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter **[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)** oder bei einem unserer beiden Büros:

## **Germanwatch – Büro Bonn**

Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201, D- 53113 Bonn  
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

## **Germanwatch – Büro Berlin**

Stresemannstr. 72, D- 10963 Berlin  
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)



**Hinsehen. Analysieren. Einmischen.**  
Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.